ANTISEMITISMUS

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Nr. 2 | Herbst 2019

zeichen

Inhaltsverzeichnis

3 **EDITORIAL**

4–31 **THEMA**
4–5 Das Antisemitismus-Paradox. Von Meron Mendel
6–7 Die Macht der ernsten Augen. Interview mit Luigi Toscano
10–11 Widerstand gegen Antisemitismus muss aus der Zivilgesellschaft kommen. Interview mit Alexander Rasumny
12–13 Umweg-Kommunikation. Von Jutta Weduwen und Jan Brezger
14–15 Es braucht den »Aufstand der Anständigen«. Interview mit Sigmount A. Königsberg
16–17 Hass als Prinzip. Antisemitismus in der extremen Rechten. Von Henning Flad
18–19 Antisemitismus in den USA – eine transatlantische Perspektive. Von Dagmar Pruin
20–21 Die Kirchen im Kampf gegen Antisemitismus – auf schwierigem Terrain. Von Klaus Holz
22–23 Antisemitismuskritische Bildungsarbeit in der Migrationsgesellschaft. Von Sara Spring und Jutta Weduwen
24–25 Vorurteile, Lügen und Missverständnisse verlernen. Von Helmut Ruppelt
26 Arbeitet wie eine Taskforce. Von Elke Gryglewski
28–29 Und wie sieht es in anderen Ländern aus – in puncto Antisemitismus? Von Sabrina Gröschel, Camilla Brockmeyer und Ute Weinmann
30–31 »In Berlin hat es begonnen und in Berlin endet es«. Interview mit Uffa Jensen

32 **ANDACHT**
»… und Petrus erinnerte sich und weinte …«. Von Dagmar Pruin

33 **AUS DER ARBEIT VON ASF**
»Vergessenen Geschichten« auf der Spur

34 **WEGGEFÄHRTEN**
Von Anfang an dabei. Von Thomas Arzner

35–37 **AKTIV MIT ASF**
35 Eine Geschichte von Vernichtung und Überleben. Holocaust und Zwangsarbeit in Galizien
36 Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Norwegen feierte im Sommer 60-jähriges Jubiläum. Von Christina Koch
37 60 Jahre ASF in den Niederlanden. Von Barbara Schöpping

38 **GUTES TUN**
Mit Bußgeldern Gutes bewirken. Von Sanne Kaperlat

39 **TERMINE | KURZNACHRICHTEN**

IMPRESSUM

Ausgabe: Nr. 2 Herbst 2019, 47. Jahrgang
Auflage: 10.000 Exemplare
Herausgeber: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.
Auguststraße 80, 10117 Berlin
Redaktion: Barbara-Maria Vahl, Thomas Arzner (verantw.)
Telefon: 030 28 395 184
Fax: 030 28 395 135
E-Mail: asf@asf-ev.de
Internet: www.asf-ev.de

BILDNACHWEISE

Titelbild
Dieses Foto von Susan Cernyak-Spatz, geboren 1922 in Wien, haben wir bereits auf unserem Titel des *zeichen* im Winter 2015 gezeigt. Im Mai 2019 wurde es als Teil einer Ausstellung in Wien zerstört. Deshalb veröffentlichen wir es auf dem Titel dieses Heftes zum Thema Antisemitismus noch einmal. Die Reparaturnaht ist erkennbar. (Foto: Luigi Toscano)

Susan Cernyak-Spatz kam, nachdem sie mit ihren Eltern 1938 aus Wien nach Prag emigriert war, im Mai 1942 mit ihrer Mutter ins Ghetto Theresienstadt. Von dort deportierten die Nationalsozialisten sie im Januar 1943 ins Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau. Im Zuge der Evakuierung der Häftlinge im KZ Auschwitz kam sie auf einem Todesmarsch im Januar 1945 ins Konzentrationslager Ravensbrück. Dort erlebte sie im Frühjahr 1945 die Befreiung durch die Rote Armee.

Bilder
Seite 3: Ruthe Zuntz
Seiten 5, 6, 7, 8, 9, 10, 17, 27: Luigi Toscano
Seiten 11, 12: RIAS
Seite 14: Gundi Abramski
Seite 15: Barbara-Maria Vahl
Seite 31: Lena-Marie Vahl
Seiten 33, 39: Thomas Arzner
Seite 34: Horst Gürtler
Seite 36: Christina Koch

Gestaltung: ultramarinrot, Berlin
Druck: Druckhaus Dülmen

ASF-Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE68 1002 0500 0003 1137 00 | BIC: BFSWDE33BER

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Auseinandersetzung mit Antisemitismus wird immer wieder von Debatten und Kontroversen begleitet. Es wird darüber diskutiert, bei welchen Gruppen Antisemitismus besonders ausgeprägt ist: bei Alteingesessenen? Zugewanderten? Christ*innen? Muslim*innen? Rechten? Linken? Es wird darüber debattiert, was unter Antisemitismus gefasst werden kann: Kritik an israelischen Politiker*innen? Die BDS-Bewegung?

Diese Debatten, die auch die Forschung beschäftigen, sind gut und richtig, weil davon auch die zielgerichtete Arbeit gegen Antisemitismus abhängt. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass die Thematisierung von Antisemitismus schnell und oft Widerspruch hervorruft. Das hängt sicher auch damit zusammen, dass nach der Shoah niemand den Vorwurf auf sich ziehen möchte, antisemitisch zu sein. Gleichzeitig wissen wir, dass nach 1945 die antijüdischen Ressentiments nicht einfach verschwunden sind, sondern in Erzählungen, Debatten und den Medien weiterleben und sich – oft über Umwege – auf andere und neue Weise äußern.

Der Frankfurter Historiker Meron Mendel spricht von einem Antisemitismus-Paradox, wenn er beobachtet, dass der Vorwurf des Antisemitismus schwerer zu wiegen scheint als Antisemitismus selbst.

Wir beschäftigen uns in einem Artikel über israelbezogenen Antisemitismus mit »Umweg-Kommunikation« und geben dabei auch eine kurze Einschätzung zur BDS-Bewegung.

Der Antisemitismusbeauftragte der Jüdischen Gemeinde in Berlin, Sigmount A. Königsberg, schildert seine Beobachtungen über Antisemitismus im Alltag. Diese werden auch von Alexander Rasumny von der *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS)* beleuchtet. Beide berichten von einer Zunahme antisemitischer Vorfälle und fordern uns alle zum Handeln und Eingreifen auf.

Eine internationale Perspektive nehmen wir ein, wenn unsere Landesbeauftragten in Russland, Großbritannien und Frankreich über Antisemitismus in diesen Ländern berichten.

Der Theologe Helmut Ruppel gibt uns aufschlussreiche Hinweise, was wir »verlernen« sollten, um nicht in antijüdischen Sprechweisen zu verharren. Dabei geht es um die Gegenüberstellung der Wörter alttestamentarisch und alttestamentlich.

Henning Flad, Projektleiter der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus, schreibt über Antisemitismus in der extremen Rechten und geht dabei auch auf die Frage ein, inwieweit Antisemitismus in rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien auftaucht, die sich immer wieder als die besonderen Verbündeten von Jüdinnen und Juden ausgeben.

Sie finden in diesem Heft Porträts von Shoah-Überlebenden des Fotografen Luigi Toscano. Diese Fotos dokumentieren teilweise auch antisemitische Zerstörungen, die den Porträts bei einer Ausstellung in Wien zugefügt wurden. Der Fotograf schildert dies in einem Interview. Ich danke Luigi Toscano sehr herzlich für die großzügige Bereitstellung seiner Fotos.

Die jüdische Philosophin Hannah Arendt sagte 1946: »Vor Antisemitismus ist man nur auf dem Monde sicher«. 73 Jahre nach dieser Aussage müssen wir feststellen, dass dieser Satz leider noch immer wahr ist. Antisemitismus taucht überall auf, unabhängig davon, wie viele Jüdinnen und Juden an einem Ort leben. Wir dürfen bei allen Debatten und Kontroversen nicht aus dem Blick verlieren, was Antisemitismus vor allem bedeutet: die Bedrohung und Verletzung der Sicherheit, Freiheit, Integrität, Mitbestimmung und Beteiligung von Jüdinnen und Juden. Und das geht nicht nur Jüdinnen und Juden etwas an, sondern uns alle, denn damit gerät unser demokratisches Miteinander weiter in Gefahr.

Wir möchten Sie mit diesem *zeichen* einladen, sich mit den verschiedenen Facetten des Judenhasses zu beschäftigen und sich mit uns gemeinsam weiter gegen Antisemitismus zu engagieren.

In herzlicher Verbundenheit grüße ich Sie und Euch, auch im Namen meiner Kollegin Dagmar Pruin und des ASF-Teams,

Ihre und Eure Jutta Weduwen
Geschäftsführerin von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Das Antisemitismus-Paradox

Wie äußert sich Judenhass heute?

2002 erschien das Satiremagazin *Titanic* mit einem Titelblatt, auf dem ein Hitler-Porträt zu sehen war – darunter die Schlagzeile: »Schrecklicher Verdacht: War Hitler Antisemit?« Dieses provokante Titelblatt spielt auf ein aktuelles Paradoxon an: Oft scheint in der öffentlichen Diskussion der Antisemitismusvorwurf schwerer zu wiegen als der Antisemitismus selbst. Vor dem Hintergrund eines breiten gesellschaftlichen Konsenses gegen Antisemitismus scheint Antisemitismus in der deutschen Gegenwart unmöglich zu sein, seine Artikulation gilt als abwegig. Antisemitismus transportiert die Aura des Verbots, das gar nicht ausgesprochen werden muss, um den Konsens der Distanzierung zu reproduzieren. Die Ablehnung von Antisemitismus gehört zum Selbstverständnis der Bundesrepublik und – bis auf wenige gesellschaftliche Randgruppen – zum Selbstverständnis eines Großteils der Bevölkerung. Selbst die AfD inszeniert sich gerne als Bollwerk gegen Antisemitismus, obwohl hier sowohl eine völkische Ideologie, für die Antisemitismus konstitutiv ist, als auch ein genereller Geschichtsrevisionismus vorherrschen, der wiederum der verbreiteten Erzählung einer erfolgreichen »Aufarbeitung« zuwider läuft. Der Selbsteinschätzung ungeachtet zeigen aktuelle Studien wie der Bericht des *Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus*, dass antisemitische Einstellungen nach wie vor in weiten Teilen der Gesellschaft verbreitet sind. In einer »gefühlten Aufarbeitung« liegt das zeitgenössische Paradox des Antisemitismus begründet.

Was genau aber ist eigentlich Antisemitismus? Die Frage scheint zunächst leicht zu beantworten: Antisemitismus, das ist die Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden, aus keinem anderen Grund als dem, dass sie eben Jüdinnen und Juden sind. Gerne werden Kurzdefinitionen dieser Bauart noch mit Beispielen expliziert, etwa indem die »Working Definition Antisemitism« der *International Holocaust Remembrance Alliance* zitiert wird, in der es unter anderem heißt: »Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. […] Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass ›die Dinge nicht richtig laufen‹.« So griffig diese Definitionen auch sind, so wenig sollte man sich doch darüber hinwegtäuschen, dass sie bestenfalls eine Handreichung für die Praxis liefern können und keine Arbeit am Begriff ersetzen. Antisemitismus ist mehr als »lediglich« eine »bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann«. Das Ressentiment produziert eine Denkform, die nicht nur Jüdinnen und Juden verzerrt wahrnimmt, sondern sich wie eine Linse vor sämtliche Erfahrung stellt. Antisemitismus ist eine affektiv motivierte Art und Weise, den Blick auf die Welt und auch auf sich selbst zu richten.

IRREFÜHRUNG DES EIGENEN BEWUSSTSEINS – VIELE ANTISEMITEN WEISEN ES WEIT VON SICH, SOLCHE ZU SEIN

Die Herausforderung, Antisemitismus zu erkennen, ist ein relativ neues Problem. Solange Antisemitismus eine Eigenbezeichnung, ein »kultureller Code« (Shulamit Volkov) war, reichte es aus, eine Person zu fragen, ob er oder sie Antisemit sei – wie etwa den Journalisten Wilhelm Marr, der 1879 einer von ihm geschaffenen Vereinigung ganz offen den Namen »Antisemiten-Liga« gab. Nach 1945 verwandelte sich der Begriff von einer Selbst- zu einer Fremdbezeichnung. Selbst die NPD behauptet heute auf ihrer Website, keine antisemitische Partei zu sein. Die Antisemitismusforscher Werner Bergmann und Rainer Erb bezeichnen die Artikulation von Antisemitismus in der Bundesrepublik als einen Zustand von »Kommunikationslatenz«: Da offen antisemitische Aussagen im öffentlichen Diskurs unerwünscht sind, werden entsprechende Meinungsäußerungen entweder nur im privaten Bereich oder durch Umweg-Kommunikation artikuliert. Die alten antisemitischen Bilder, vom christlichen und islamischen Antijudaismus bis zum modernen Antisemitismus, tauchen in ähnlicher Form wieder auf – nur dass mit Synonymen gearbeitet wird. Anstatt von Juden oder dem Judentum ist jetzt von den Rothschilds, der Weltverschwörung, dem Ostküstenkapital, der Zinsknechtschaft und natürlich immer wieder von Israel die Rede. Wenn man um die Herkunft der zitierten Bilder weiß, ihre geschichtlichen Traditionen kennt, tritt ihre Absicht deutlich zutage. Solche latenten Ausdrucksformen von Antisemitismus werden immer dann artikuliert, wenn ein vermeintlicher deutscher »Schuldkult«, Israel oder die Zirkulationssphäre angegriffen werden. Es handelt sich um eine Form der Judenfeindschaft, die

Dies ist ein Porträt aus dem Projekt »Gegen das Vergessen« des Mannheimer Fotografen Luigi Toscano (http://gegen-das-vergessen.gdv-2015.de/de/projekt). Toscano hat dafür weltweit an die 400 Überlebende des Holocaust besucht, mit ihnen gesprochen, sie fotografiert. Ein Teil der Fotos entstand während der Jubiläumsfeier zu 60 Jahre Aktion Sühnezeichen Friedensdienste 2018, zu der auch Überlebende des Holocaust eingeladen waren. Seit 2016 wandert die Ausstellung – sie war unter anderem bereits zu sehen in der Ukraine, in New York, Washington und Boston, in Berlin, Mainz und Wien. Derzeit geht sie wieder durch die USA. In Wien wurden einzelne Exponate der stets offen zugänglichen Bilder zerstört, was eine breite zivilgesellschaftliche Rettungs- und Solidaritätsbewegung hervorrief, ein Aufstehen gegen verbreiteten Antisemitismus. Aus diesem Grunde zeigen wir in diesem Heft auch einige der beschädigten und von freiwilligen Helfer*innen reparierten Bilder.

sich gerade aus der Distanzierung zum Nationalsozialismus ergibt. Es war wahrscheinlich der israelische Psychoanalytiker Zvi Rix, der das Motiv dahinter treffend benannt hat: »Auschwitz werden uns die Deutschen niemals verzeihen!« Birgit Rommelspacher spricht in diesem Zusammenhang von »sekundärem Antisemitismus«, dessen Kern im Wunsch liege, »die Verbrechen des Nationalsozialismus zu vergessen und sich auch all der damit verbundenen Gefühle zu entledigen«.

Das Antisemitismus-Paradox führt nicht nur die Außenwelt in die Irre, sondern auch das eigene Bewusstsein, welches den Deckerzählungen ebenso Glauben schenkt. Die antisemitischen Agitatorinnen und Agitatoren, die von sich behaupten, keine zu sein, stellen diese Behauptung – mit Ausnahme einiger zynischer Fälle – nicht wider besseres Wissen auf, sondern halten sich wirklich für geläutert und den an sie gerichteten Antisemitismusvorwurf für gänzlich absurd. Es genügt, den Verlauf öffentlicher Diskussionen etwa um das Gedicht von Günter Grass »Was gesagt werden muss« von 2012 oder um Äußerungen des Publizisten Jakob Augstein über Israel zu betrachten: Stets zeigt sich die tiefe Kluft zwischen dem Selbstbild der prominenten Autor*innen, nicht antisemitisch zu sein, auf der einen und ihrem tiefverwurzelten Ressentiments gegen Jüdinnen und Juden und Israel auf der anderen Seite. Wie können wir also Antisemitismus erkennen, benennen und bekämpfen, wenn sich die Täter selbst von Antisemitismus distanzieren?

Nachdem der Schriftsteller Martin Walser den Kritiker Marcel Reich-Ranicki in dem Roman »Tod eines Kritikers« (2002) antisemitisch karikierte, wurde im deutschen Feuilleton viel über den Charakter des Wiederholungstäters Walser sinniert. Hanno Loewys Einwurf zu dieser Debatte ist für unsere Fragestellung besonders aufschlussreich: »Ist er nun ein Antisemit oder nicht? Eine dumme Frage: Wer weiß schon, was jemand wirklich ›ist‹. Die Frage hat den Vorteil, dass man sie nicht beantworten, das heißt: endlos debattieren kann. Vielleicht wäre es interessanter zu fragen, warum Bücher voller antisemitischer Bilder so einen Erfolg haben?« Solange diese Frage unbeantwortet bleibt, solange zeitgenössische Analysen des Antisemitismus seine paradoxe Selbstdistanzierung nicht mitreflektieren, bleibt seine Bekämpfung bloße Kulissenschieberei.

Dr. Meron Mendel ist Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt/Main. Er studierte Geschichte, Jüdische Geschichte und Erziehungswissenschaften in Israel und Deutschland. Mendel hat zu den Themen Migrationsgesellschaft, Erinnerungskultur sowie Antisemitismus publiziert und engagiert sich in zahlreichen Friedensinitiativen.

Die Macht der ernsten Augen

Luigi Toscano erfährt weltweit viel positive Resonanz für seine Porträts von Überlebenden des Holocaust.

Barbara-Maria Vahl: Herr Toscano, in dem Projekt »Gegen das Vergessen« zeigen Sie 78 Porträts von Überlebenden des Holocausts, die Sie seit 2015 in Europa und den USA fotografiert haben. 78 von 400 Porträtierten. Was war der Auslöser für dieses Projekt?

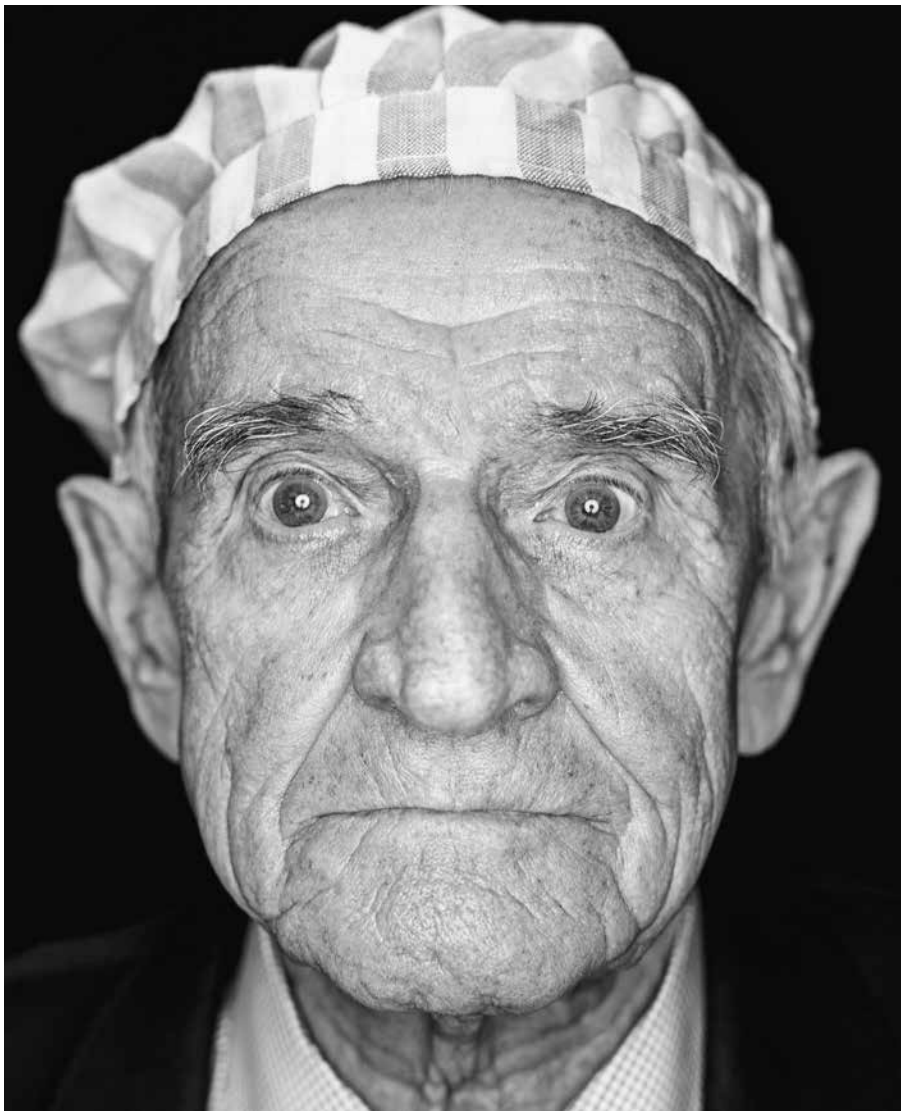
Luigi Toscano: Ich habe hier in Deutschland die politische Situation verfolgt, die ja zunehmend aggressiver geworden ist, antisemitischer, rechtsradikaler und ich habe mich gefragt, was kann ich dagegen tun. Dann kam ich auf den Gedanken, es wäre gut zu wissen, ob es noch Holocaust-Überlebende gibt – um die aufzusuchen, zu porträtieren und in den öffentlichen Raum zu stellen.

Wie haben Sie die denn gefunden?

Am Anfang habe ich schwer Zugang bekommen. Dann bin ich durch einen glücklichen Zufall über eine sehr gute Freundin an Dagmar Pruin und ASF geraten. Sie hat mir weitergeholfen und auch bei der ersten Vernissage der Ausstellung gesprochen. Es gingen dann viele Türen auf und es ist ein weltweites Netzwerk entstanden.

Hatten Sie sich denn bereits zuvor intensiver mit dem Holocaust beschäftigt?

Es gab vor allem eine für mich sehr einprägsame Geschichte: Als ich 18 Jahre alt war, bin ich einmal allein nach Auschwitz gereist. Ich war sehr naiv und in dem Glauben, dass da jemand ist, der mir alle Fragen beantworten kann. Natürlich war da niemand … Aber ich glaube, ich werde dieses Bild nie vergessen: Ich stand vor dem großen Berg an Kinderschuhen und



Andrzej Korczak-Branecki aus Warschau. Geboren 1930. Während des Warschauer Aufstandes 1944 festgenommen, nach Dachau deportiert. Dort als Zwangsarbeiter selektiert. Kam nach Mannheim-Sandhofen in ein Außenlager des KZs Natzweiler-Struthof, wo er für Daimler arbeiten musste. Danach wurde er ins KZ nach Buchenwald überführt, dann als Zwangsarbeiter zu den Adlerwerken nach Frankfurt am Main, dann wieder Buchenwald, dann ins KZ Flossenbürg und wieder nach Dachau. Dort wurde er am 25. April 1945 befreit. Andrzej Korczak-Branecki überlebte drei Todesmärsche.

ich wollte und ich konnte mir nicht vorstellen, dass Menschen Kinder ermordet haben. Ich stand ganz paralysiert davor, eine ganze Stunde lang. Und ich glaube, das hat mich sehr geprägt in meiner späteren Entwicklung.

Diese Ausstellung ist inzwischen in vielen Ländern gezeigt worden, unter anderem auch in der UN-Generalversammlung in New York – wie viele Ausstellungen in wie vielen Städten waren es bisher?

Es sind jetzt mit Kansas City und Pittsburgh 16 Ausstellungen, auf der ganzen Welt. Natürlich kann ich das Ganze noch gar nicht richtig realisieren, bin meist in so einem Funktionsmodus. Ich habe jetzt vor Kurzem die Zusage bekommen, wieder in einem UN-Gebäude auszustellen, in Genf, und ich darf aller Wahrscheinlichkeit nach zum Internationalen Holocaust-Gedenktag auch im EU-Parlament ausstellen. Das fühlt sich ziemlich spektakulär an und ich kann es kaum glauben. Es macht mich glücklich, denn die Ausstellung hat ja eine Funktion, sie steht im öffentlichen Raum und jeder hat Zugang. Und was für mich wichtig ist: Dass die junge Generation auch Zugang bekommt. Ich glaube, wir müssen die Jüngeren mitnehmen, sagen: Schaut da hin, seht zu, dass sowas nicht noch mal passiert – ohne erhobenen Zeigefinger. Das ist eigentlich meine Message.

Die Bilder haben eine unglaublich starke Wirkung …

… Ich glaube, es geht um die persönliche Auseinandersetzung bei diesen Bildern. Wenn ich dem Menschen gegenüberstehe und schaue mir sein Gesicht an, dann habe ich natürlich die Möglichkeit, dem Ganzen Raum zu geben und natürlich auch Raum für Interpretation. Ich möchte den Betrachter allein lassen damit. Die Wirkung ist nicht meine Angelegenheit, das will ich auch nicht behaupten.

Welche Wirkung der Bilder beschreiben Ihnen Menschen, die Sie direkt bei den Ausstellungseröffnungen treffen?

Es gibt ganz unterschiedliche Reaktionen, einige Menschen haben angefangen zu weinen, haben sich einfach bedankt und waren emotional aufgewühlt. Speziell in Amerika sagen viele, dass diese Arbeit so wichtig ist. Es ist schön, dass die Menschen sich damit auseinandersetzen, dass sie auch kritische Fragen stellen, dass es lebhaft bleibt, das fasziniert mich. Eigentlich sind die Reaktionen, bis auf kleine Ausnahmen, durchgängig positiv.

Einmal, in Wien, sind ausgestellte Porträts zerstört worden – …

Ja, das war natürlich einer der dunkelsten Momente in diesem Kapitel, dass es drei Anschläge auf meine Bilder gegeben hat, angefangen mit Hakenkreuzen bis hin zum Zerschneiden der Gesichter. Davor hatten wir alle immer am meisten Angst – ein solches Bild mit einem Hakenkreuz im Gesicht. Das war für uns furchtbar und war natürlich auch für die Überlebenden einfach schrecklich. In dem Moment ist man einfach hilflos. Aber ich war auch unheimlich wütend und verzweifelt. Was da passiert ist, die Beschmierungen, die Zerstörungen, das wurde über große Zeitungen in die ganze Welt weitergetragen, die *New York Times* hat darüber berichtet, die *Washington Post*. Aber dann ist etwas ganz Wunderbares geschehen, das hatte ich dann gar nicht mehr in der Hand, das kam aus der Zivilgesellschaft: Leute haben angefangen, die Bilder sauberzumachen, die Bilder zusammenzunähen, die Bilder zu beschützen; sie haben Mahnwachen organisiert, Nachtwachen. Sie können sich gar nicht vorstellen, was da los war. Und vor allem, es war unabhängig von Religion und Zugehörigkeit, junge Muslime haben aufgepasst auf die Bilder, geholfen, wo es nur ging – das waren Eindrücke, die kann ich gar nicht beschreiben. Der Oberrabbiner von Wien ist gekommen, hat sich bedankt bei den jungen Musliminnen und Muslimen. Auch der Bundespräsident kam und hat appelliert. Das waren starke Zeichen, starke Bilder, auch für uns war das so motivierend, das war phänomenal, mir bleibt immer noch die Luft weg, wenn ich daran denke. All diese Menschen haben dazu beigetragen, es bis zum Ende durchzuziehen und ein starkes Zeichen gegenüber Hass, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu verstärken, einfach denen zu sagen: Ihr kommt nicht weit mit solchen Aktionen. Da ist aus einem absolut negativen Akt etwas ganz Positives geworden. Es gibt eben auch die, die sagen: Nein. Mit uns nicht! Nur, dass es auf dem Rücken der Opfer ausgetragen wird, das tut mir im Herzen weh. Aber mich haben auch Überlebende angerufen, mir geschrieben und gesagt »Luigi, lass Dich auf keinen Fall beugen. Wir haben das auch nicht gemacht, dann machst Du das auch nicht!«

Vielen Dank für das Gespräch!

Luigi Toscano ist ein inzwischen renommierter Fotograf und Filmemacher, der in Mannheim lebt. Seine künstlerische Karriere begann Anfang der 2000er Jahre, in allen Sparten als Autodidakt. Inzwischen blickt Toscano auf zahlreiche international erfolgreiche Foto-Ausstellungen, Film-, Foto-, Videoprojekte zurück und hat Bildbände publiziert. Im Mittelpunkt seines künstlerischen Interesses steht der Mensch.

Die Fragen stellte **Barbara-Maria Vahl,** Journalistin, Autorin und Redakteurin, freie Redakteurin für das *zeichen*.

Alain Hirschler wurde 1938 in Mulhouse im Elsass geboren. Sein Vater, René Hirschler, Großrabbiner von Straßburg, und seine Mutter Simone Lévy Hirschler, Dichterin, beteiligten sich aktiv in der Organisation und der Unterstützung der jüdischen Mitmenschen in den verschiedenen Internierungslagern in der sogenannten »freien Südzone« des besetzten Frankreichs. Beide wurden im Dezember 1943 festgenommen, interniert und in Auschwitz-Birkenau und nach dem Todesmarsch in Mauthausen ermordet. Nach dem Krieg wuchs Alain Hirschler mit seinen älteren Schwestern bei der Großmutter in Paris auf. Er arbeitete als Jurist, ist Jazz-Klarinettist und hat eine Edition der Gedichte seiner Mutter sowie ein Buch über seinen Vater »Großrabbiner und Widerstandskämpfer« publiziert. Sein Portrait wurde anlässlich des ASF-Jubiläums 2018 aufgenommen.

Magda Brown (geb. Perlstein) wurde im Juni 1927 in Miskolc in Ungarn geboren. Am 11. Juni 1944, Magdas 17. Geburtstag, wurde sie mitsamt ihrer Familie nach Auschwitz deportiert. Später wurde sie nach Allendorf in ein Außenlager des KZs Buchenwald und in die dortige Munitionsfabrik verbracht. Auf einem Todesmarsch nach Buchenwald im März 1945 gelang ihr und anderen Gefangenen die Flucht und das Versteck in einer Scheune, bis US-amerikanische Soldaten sie fanden. Nur ihr Bruder, sechs Cousins und Cousinen und sie überlebten von über 70 Familienmitgliedern die Shoah. Mit der Hilfe von Onkel und Tante in den USA konnte sie nach Chicago, Illionis, im September 1946 auswandern. Magda ist ein aktives Mitglied und ehemalige Präsidentin der American Association of Medical Assistants, Illinois Society. Sie legt unermüdlich Zeugnis ab über ihr Er- und Überleben der Shoah und ist seit über zwei Jahrzehnten Freundin und Mentorin der ASF-Freiwilligen. Ihr Portrait wurde anlässlich des ASF-Jubiläums aufgenommen.

Widerstand gegen Antisemitismus muss aus der Zivilgesellschaft kommen

Die *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)* wurde 2015 gegründet und hat seither zusammen mit jüdischen und nichtjüdischen Organisationen ein berlinweites Netzwerk für die Meldung antisemitischer Vorfälle aufgebaut; über ein online-Meldeportal werden Berichte von Betroffenen und Zeugen gesammelt, systematisiert und ausgewertet. Jutta Weduwen sprach mit Alexander Rasumny, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut.

Jutta Weduwen: Wann und auf welchen Impuls hin wurde die *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin* (RIAS Berlin) eingerichtet?

Alexander Rasumny: Unser Projekt wurde 2015 nach einer qualitativen Befragung mehrerer Vertreter*innen von Berliner Synagogen und religiösen Zentren gegründet. Es war bereits zu diesem Zeitpunkt deutlich, dass Antisemitismus für Berliner Jüdinnen und Juden ein alltagsprägendes Phänomen ist und sie zum Beispiel jeden Tag abwägen müssen, ob sie sich als solche zu erkennen geben und auch, welche Orte sie besser meiden. Gleichzeitig wurden antisemitische Erfahrungen nur selten an staatliche oder zivilgesellschaftliche Stellen gemeldet und Unterstützungsangebote waren weitgehend unbekannt. Hier haben wir einen Ansatz für unsere Arbeit gesehen.

Was machen Sie genau?

Wir bieten eine niedrigschwellige Möglichkeit, antisemitische Vorfälle zu melden und Unterstützung zu erhalten – ob es sich um zivilgesellschaftliche Beratungsangebote oder um Hilfe bei polizeilichen Angelegenheiten handelt. Wir arbeiten parteilich und orientieren uns an den Bedürfnissen und Wahrnehmungen der Meldenden und veröffentlichen die Vorfälle – manche einzeln, manche im Rahmen unserer regelmäßigen Statistiken. Man kann uns bei allen Arten von antisemitischen Vorfällen ansprechen, unabhängig davon, wie schwerwiegend sie sind oder ob sie Straftatbestände erfüllen.

Wie hat sich Ihre Arbeit in den letzten Jahren entwickelt? Wie wird die Meldestelle genutzt?

Die meisten Meldungen erhalten wir über das Formular auf unserer Webseite (https://report-antisemitism.de), auf dem man uns vom PC oder Handy aus mit nur wenig Aufwand über einen antisemitischen Vorfall berichten kann. Natürlich sind wir

aber auch per E-Mail oder telefonisch ansprechbar. In den letzten Jahren haben wir zudem nach und nach das Netzwerk der Organisationen erweitert, die an uns Informationen über Vorfälle weiterleiten. So arbeiten wir zielgerichtet daran, das Dunkelfeld zu erhellen.

Werden Sie für Ihre Arbeit angefeindet?

Das kommt leider vor, und zwar von mehreren Seiten, da wir uns gegen alle Formen von Antisemitismus engagieren. Zudem ist die Debatte um Antisemitismus in Deutschland sehr politisiert und häufig von Instrumentalisierung gekennzeichnet. Wenn man sich von einem politischen Lager nicht vereinnahmen lässt, kommt es dazu, dass man als Gegner betrachtet und entsprechend angefeindet wird.

Was können Sie aus Ihrer Arbeit heraus, aus dem, was Ihnen gemeldet wird, über die Entwicklung von Antisemitismus sagen?

Zunächst mal wurde für die Mehrheitsgesellschaft sichtbarer, was die jüdischen Gemeinschaften seit Jahren festgestellt haben: Dass Antisemitismus nie weg war und zudem in den vergangenen Jahren immer manifester wurde. Seit einiger Zeit wird in der Öffentlichkeit auch mehr über Antisemitismus diskutiert, wenn auch die Betroffenenperspektive immer noch zu kurz kommt und es viele Abwehrreaktionen gibt. Die Empfehlung der Arbeitsdefinition Antisemitismus durch die Bundesregierung war ein positiver Schritt, dem zum Beispiel die Berliner Polizei und Bayern schon nachgefolgt sind. Wir sehen auch – nach und nach – eine höhere Sensibilisierung der Zivilgesellschaft. Letztendlich muss aber der Impuls, Antisemitismus zu widersprechen und dagegen anzukämpfen, auch von der breiten Gesellschaft kommen.

Wie sind die aktuellen Zahlen für Berlin beziehungsweise bundesweit?

Im vergangenen Jahr haben wir in Berlin 1.083 antisemitische Vorfälle erfasst, das waren im Schnitt drei Vorfälle täglich. Besonders beunruhigend ist die Anzahl der Angriffe und Bedrohungen – jeweils 46! 2017 waren es »nur« 18 Angriffe beziehungsweise 26 Bedrohungen.

Außerhalb Berlins sind die Melde-Strukturen noch im Aufbau oder haben gerade erst mit der Arbeit angefangen. Daher müssen wir dort von einem größeren Dunkelfeld als in Berlin ausgehen und könnten nur Zahlen nennen, die nicht wirklich repräsentativ wären.

Der zweite *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus*, der vor zwei Jahren mit einem Bericht seine Arbeit abgeschlossen hat, hat ausdrücklich die Einrichtung weiterer Meldestellen gefordert, vor allem bundesweit und in den Ländern. Wie ist der Stand heute? Was konnte durch die Meldestellen gegen Antisemitismus getan werden?

Von Anfang an haben wir Meldungen über Vorfälle erhalten, die sich außerhalb Berlins ereignet haben. Daher war ein wichtiger Schritt in der Entwicklung unserer Arbeit, dass wir ab 2017 Meldungen aus dem ganzen Bundesgebiet annehmen und vor allem den Aufbau von Meldestellen in anderen Bundesländern begleiten konnten. Diese braucht es auch, da unsere Arbeit viel Präsenz vor Ort benötigt. Es freut uns sehr, dass es mittlerweile auch in Bayern, Brandenburg und Schleswig-Holstein landesweite Meldestellen gibt. Die Stellen sind teilweise gerade mal wenige Monate alt, und schon konnten sie viele antisemitische Vorfälle, die ansonsten vielleicht nirgendwo gemeldet worden wären, dokumentieren. Aus Bayern gab es auf die Arbeit von *RIAS* bereits einige Reaktionen nach der Art: »Wir hatten ja keine Ahnung, dass bei uns so viel los ist.«

Die Meldestellen können helfen, das wahre Ausmaß von Antisemitismus in der jeweiligen Region nachzuvollziehen und geben Impulse für die Arbeit einer antisemitismuskritischen Zivilgesellschaft. Vor allem aber helfen sie den Betroffenen – eine nicht zu unterschätzende Aufgabe angesichts einer Debatte, die sich vor allem um die Täter*innen dreht, in der die Bedürfnisse Betroffener aber allzu oft außer Acht gelassen werden.

Wenn man sich mit Antisemitismus in Deutschland auseinandersetzt, kann man zwei Bewegungen beobachten: Zum einen gibt es eine Vielzahl guter Projekte, die dagegen arbeiten, es gibt auf Bundesebene und in einigen Bundesländern inzwischen Antisemitismusbeauftragte. Zum anderen nehmen antisemitische Vorfälle aktuellen Erhebungen zufolge zu. Wie erklären Sie sich die derzeitige Lage?

Viele Initiativen und Tätigkeiten sind recht neu und wir werden die Folgen ihrer Arbeit erst später beurteilen können. Andere leisten hervorragende Arbeit, und durch die öffentliche Diskussion und zivilgesellschaftliche Dokumentation wird der alltägliche Antisemitismus sichtbarer. Gleichzeitig hat man in den vergangenen ein, zwei Jahren gesehen, dass die breite Gesellschaft dem Problem weiterhin gleichgültig gegenübersteht. Das gilt es zu ändern.

Was braucht es aus Ihrer Sicht, um Antisemitismus noch besser zu bekämpfen oder geringer werden zu lassen?

Es herrscht viel Unwissen über aktuelle Erscheinungsformen des Antisemitismus. Das ist in der breiten Gesellschaft schon ärgerlich, aber bei Polizei und Justiz ist es besonders problematisch, wenn Antisemitismus nicht erkannt wird. Eine umfassendere Weiterbildung hätte gerade in diesen Bereichen eine hohe Priorität.

Alexander Rasumny, geboren in Moskau, studierte Vergleichende Literaturwissenschaften, Englisch und Philosophie in Göttingen und Dublin. Von 2014 bis 2017 arbeitete er an der *Europäischen Janusz-Korczak-Academy* in München und Berlin; seit 2017 ist er Mitarbeiter und Sprecher bei RIAS in Berlin.

Jutta Weduwen studierte in Hamburg, Jerusalem und Berlin Soziologie. Sie kam 2001 zu ASF als Israel-Referentin, leitete dann den Arbeitsbereich »Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft« und ist seit 2012 Geschäftsführerin. Sie ist Mitglied im Sprecher*innenrat der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus.

Umweg-Kommunikation

Hinter Kritik an Israel kann sich auf vielfältige Art und Weise Antisemitismus verbergen.

Antisemitismus hat viele Gesichter. Zu einer besonderen Erscheinungsform zählt auch der israelbezogene Antisemitismus. Nicht jede Kritik an israelischen Politiker*innen oder Akteur*innen wird mit Antisemitismus gleichgesetzt. Dennoch können sich antisemitische Haltungen oder Äußerungen in einer Kritik an Israel verbergen. Dies gilt es, differenziert zu betrachten.

Antisemitismus zeigt sich in Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges selten(er) offen und wird stattdessen häufig(er) über Umwege kommuniziert. Mit dem Ende des Nationalsozialismus wurde Antisemitismus öffentlich tabuisiert, aber das antisemitische Ressentiment verschwand dadurch selbstverständlich nicht, es manifestiert sich seitdem oftmals auf (mehr oder weniger) verdeckte Weise. Zu den häufigsten Formen der antisemitischen Umweg-Kommunikation zählt der sekundäre Antisemitismus, der nicht trotz, sondern wegen Auschwitz Ausdruck findet. Dazu gehören Holocaust-Leugnungen, Geschichtsrevisionismus und auch Vorwürfe gegenüber Jüdinnen und Juden, selbst die Schuld an ihrer Verfolgung zu haben, das Ausmaß der Shoah zu übertreiben und Profit aus der Erinnerung an die Shoah ziehen zu wollen.

Auch Kritik am israelischen Staat beziehungsweise der israelischen Regierung bietet dem antisemitischen Ressentiment eine Möglichkeit, sich zu manifestieren. Wir hören häufig, man dürfe Israel nicht kritisieren. Gleichzeitig stellen wir fest, dass Israel ständig kritisiert wird.

Kritik an Israel beziehungsweise an der israelischen Regierung, an einzelnen israelischen Politiker*innen, an Entscheidungen des Parlaments oder auch am Vorgehen des israelischen Militärs (tatsächlich beginnt oftmals das Problem bereits bei der mangelnden Spezifizierung des Adressaten der Kritik) kann auf verschiedene Art und Weise antisemitisch sein. In vielen Fällen ist dies offensichtlich, insbesondere dann, wenn bekannte antisemitische Motive und Argumentationsmuster verwendet werden. Ein klarer Fall sind beispielsweise Karikaturen, die sich tradierter antisemitischer Bildsprache und Stereotype bedienen, um etwa den israelischen Ministerpräsidenten oder das israelische Militär zu kritisieren. Sie werden dort mit Davidstern, Kippa oder Schläfenlocken als blutrünstig, die Welt beherrschend, mit grimmiger Miene und großen Nasen dargestellt. Diese Karikaturen, die an den *Stürmer* erinnern, tauchen nicht nur in rechtsradikalen oder islamistischen Medien auf, sondern immer mal wieder auch in liberalen Zeitungen wie zum Beispiel in der *New York Times* oder auch in der *Süddeutschen Zeitung*. Ebenfalls eindeutig antisemitisch sind auf Israel bezogene Verschwörungstheorien, wie sie beispielsweise nach den Anschlägen am 11. September 2001 auftauchten oder auch mit Blick auf eine vermeintliche Kontrolle der Medien und der Finanzwelt existieren.

KRITIK ODER ANTISEMITISMUS?

Andere Fälle erscheinen auf den ersten Blick jedoch weniger offensichtlich und in diesen Situationen ist oft unklar, ob und inwiefern es sich bei der jeweiligen Kritik um Antisemitismus handelt. Nicht selten besteht Unsicherheit sowohl bei jenen, die die Kritik äußern, als auch bei denen, die auf sie reagieren. Dabei kann der internalisierte Wunsch, selbst kein*e Antisemit*in zu sein, einer Selbstreflexion und einem kritischen Lernprozess durchaus im Wege stehen. Für viele Menschen ist es ein integraler Bestandteil ihres Selbstbildes, nicht antisemitisch zu denken beziehungsweise sich aktiv gegen Antisemitismus zu positionieren. Gerade deshalb sollte man sich jedoch auf eine kritische Selbstreflexion der eigenen Motive für Kritik an Israel sowie der eigenen Positionen und Argumente einlassen.

Für die Analyse der Kritik an israelischen Akteur*innen bietet sich der sogenannte »3-D-Test« an, der nach Delegitimierung, Dämonisierung und Doppelstandards fragt:

- Zielt die zu untersuchende Kritik darauf ab, Israel zu delegitimieren? Ein paradigmatisches Beispiel für die Delegitimierung ist die Leugnung des Existenzrechts des Staates Israel, etwa indem Israel als »künstliches Gebilde« oder als »koloniales Projekt« diskreditiert wird.
- Läuft die zu bewertende Kritik darauf hinaus, Israel zu dämonisieren? Ein prominentes Beispiel für die Dämonisierung ist der Vorwurf, der israelische Staat ermorde Kinder (»Kindermörder Israel«), der an alte antisemitische Motive aus dem christlichen Antijudaismus anknüpft. Aber auch der Vergleich von israelischer Politik mit dem Nationalsozialismus dient der Dämonisierung Israels (und zugleich der Relativierung der NS-Verbrechen sowie der Abwehr von Verantwortung).
- Und schließlich ist zu prüfen, ob die jeweilige Kritik Doppelstandards verwendet und den israelischen Staat oder deren Repräsentant*innen an strengeren Maßstäben misst als andere Staaten.

Der »3-D-Test« ist ein gutes Instrument, um problematische Äußerungen und Argumentationsmuster zu erkennen. Diese Äußerungen können antisemitisch motiviert sein. Ob es sich aber in jedem Fall um Antisemitismus handelt oder um eine politisch problematische, verkürzte oder einseitige Aussage, lässt sich nicht immer herausstellen. Hinter einer problematischen Aussage kann ein ideologisches Weltbild stehen oder auch Unwissenheit. Dies gilt es bei der pädagogischen Arbeit und bei politischen Interventionen zu bedenken. Gleichzeitig darf dieser Vorbehalt nicht davon abhalten, antisemitische Aussagen als solche beim Namen zu nennen.

AKTION SÜHNEZEICHERN DISTANZIERT SICH VON BDS-BEWEGUNG

Im Sommer haben wir in Deutschland aus Anlass eines Bundestagsbeschlusses polarisierte Diskussionen über die BDS-Bewegung erlebt. ASF distanziert sich deutlich von der internationalen BDS-Bewegung gegen Israel. Die Bewegung wurde 2005 gegründet und ruft zu Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegenüber Israel auf. Die Forderungen sind teilweise vage (u. a. Beendigung der »Kolonisation allen arabischen Landes«), und auch die Unterstützer*innen bilden eine Bandbreite an politischen Forderungen und Aktionen ab.

Vor dem Hintergrund der Geschichte ist es aus unserer Sicht unsensibel und unverhältnismäßig, zu einem Boykott gegenüber Israel und Israelis aufzurufen, da dies Parallelen zum Boykott gegenüber Juden im Nationalsozialismus hervorruft. Die BDS-Bewegung ist in ihrer Konfliktanalyse einseitig antiisraelisch, die historisch-politische Komplexität des israelisch-palästinensischen beziehungsweise israelisch-arabischen Konfliktes wird nicht berücksichtigt. Da die BDS-Kampagne meist auf Israel in seiner Gesamtheit zielt, unterscheidet sie nicht zwischen der Gesamtbevölkerung und einzelnen Akteur*innen und Institutionen und es wird nicht einbezogen, dass es auf palästinensischer respektive arabischer Seite Haltungen und Handlungen gibt, die den Konflikt schüren und Frieden verhindern.

Es ist verschiedentlich herausgestellt worden, dass die BDS-Bewegung von Antisemit*innen genutzt wird, etwa bei Boykott-Tagen an Universitäten, die sich schnell allgemein gegen Jüdinnen und Juden richten und dass auch die Gründung der Kampagne von Antisemit*innen mitgetragen wurde. Wir haben BDS-Aktivist*innen erlebt, die in ihrer Kritik an Israel unverhohlen antisemitisch agierten, diesen Menschen gibt die BDS-Bewegung eine Bühne.

Darüber hinaus sind auch Ziele der BDS-Bewegung als äußerst problematisch und israelfeindlich zu bewerten. Wer ein »Ende der Kolonisation allen arabischen Landes« fordert, lässt bewusst Spielraum für eine breite Interpretation dieser Forderung, die den gesamten Staat Israel (auch in den Grenzen von vor 1967) als »koloniales Projekt« diskreditiert und somit dem israelischen Staat ein Recht auf Existenz abspricht. Und wer zusätzlich ein Rückkehrrecht für alle palästinensischen Flüchtlinge fordert (der Flüchtlingsstatus wird im Falle der Palästinenser*innen auch an alle folgenden Generationen weitergegeben), der zielt faktisch auf ein Ende Israels als Staat mit mehrheitlich jüdischer Bevölkerung. Die Regelung einer Rückkehr beziehungsweise Kompensation der palästinensischen Flüchtlinge, denen Unrecht geschehen ist, ist eine große Herausforderung. Die BDS-Bewegung blendet mit ihrer einfachen Forderung der Rückkehr aller palästinensischen Flüchtlinge diese Komplexität aus.

BDS-Aktivist*innen müssen nicht immer zwangsläufig über ein antisemitisches Weltbild verfügen. Aber die Bewegung agiert einseitig und häufig wird die BDS-Kampagne von Antisemit*innen als Plattform genutzt.

Es gilt, achtsam gegenüber antisemitischen Motiven und Feindbildern zu sein, auch dann, wenn sie über Umwege kommuniziert werden. Es gilt, diese in der Diskussion zu entschlüsseln und zu benennen, ohne in nicht zielführenden Vorwürfen oder Bloßstellungen zu verharren. Unsere Betrachtungen sind insbesondere eine Einladung zur (selbst)kritischen Reflexion.

Jutta Weduwen studierte in Hamburg, Jerusalem und Berlin Soziologie. Sie kam 2001 zu ASF als Israel-Referentin, leitete dann den Arbeitsbereich »Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft« und ist seit 2012 Geschäftsführerin. Sie ist Mitglied im Sprecher*innenrat der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus.

Dr. Jan Brezger studierte Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und der Johns Hopkins University, Baltimore. Von 2011 bis 2016 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Politische Theorie und Philosophie an der Freien Universität Berlin. Seit 2018 ist Brezger Referent für die Freiwilligenarbeit in Israel und Großbritannien bei ASF.

Es braucht den »Aufstand der Anständigen«

Sigmount A. Königsberg von der Jüdischen Gemeinde in Berlin, im Interview mit Dagmar Pruin über Antisemitismus im Alltag und was dagegen zu tun ist

Dagmar Pruin: Herr Königsberg, was sind Ihre Aufgaben?

Sigmount A. Königsberg: Ich bin zuallererst Ansprechpartner für Gemeindemitglieder, die mit Antisemitismus konfrontiert werden. Häufig passiert das im schulischen Kontext: Dabei erlebe ich oft eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Schulleitungen, aber genauso oft, dass die Probleme nivelliert und bagatellisiert werden.

Ich versuche ein umfassendes Netzwerk aufzubauen, beispielsweise mit dem Berliner Netzwerk RIAS, der *Amadeo-Antonio-Stiftung*, der *Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA)*, dem Kompetenzzentrum Prävention und Empowerment der *Zentralwohlfahrtsstelle* und natürlich mit dem *Zentralrat der Juden*.

Und ich bin Ansprechpartner der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS), nehme Stellung, wenn antisemitische Vorfälle passieren und versuche, die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren.

Und geben Sie diese Vorfälle auch an die Meldestelle (RIAS) weiter oder ermutigen Sie dazu, diese Vorfälle weiterzugeben?

Ich bitte die Menschen, diese Vorfälle weitergeben zu dürfen, aber ich unternehme nichts gegen den Willen der Betroffenen. Wir überlegen zusammen, wie es weitergeht, auch wenn das manchmal schwierig ist. Nehmen wir die Schulen: Je kooperativer die Schule ist, desto höher ist die Chance auf eine Lösung, die Frieden schafft und die ersichtlich macht, zu welcher Verletzung es gekommen ist. Das Beispiel des Worst-Case-Szenarios ist der Vorfall vor einem Jahr an der John-F.-Kennedy-Schule in Berlin. Die Schule hat zuerst dem Vorfall nicht die Priorität gegeben, die nötig gewesen wäre. Am Ende sind die Eltern an die Öffentlichkeit gegangen, weil es für das gemobbte Kind unerträglich wurde. Das zeigt: Wenn ein Fall an die Öffentlichkeit kommt, gibt es nur noch Verlierer. Da renne ich aber oft gegen vermeintliches Schutzdenken an. Man will die Probleme dann nicht offensiv angehen, sondern den Deckel drauf halten.

Der größte Teil der antisemitischen Übergriffe, die Ihnen gemeldet werden, kommen also in der Schule vor?

Ja. Und das sind nicht nur dumme Sprüche, sondern sehr verletzende Sätze wie »Man hat vergessen, Dich in Auschwitz zu vergasen« oder »Juden sind Mörder« bis zum tätlichen Angriff. Oft stehen die Lehrer*innen dem hilflos gegenüber. Deshalb tut hier mehr Fortbildung not.

Generell hängen die vielen Meldungen aus der Schule wohl auch damit zusammen, dass Übergriffe auf Kinder anders gewertet werden als Übergriffe auf Erwachsene. Ich denke aber, dass es noch viel mehr Vorfälle gibt. Es gibt Studien, die schätzen, dass 80 Prozent der Vorfälle nicht gemeldet werden. Das ist bedenklich.

Und wie schätzen Sie die Lage in Berlin ein?

In Berlin werden die meisten antisemitischen Vorfälle registriert und es wird dann gesagt, Berlin sei die Hauptstadt des Antisemitismus. Es gibt seit vier Jahren die RIAS (siehe auch S. 10/11, Anm. d. Red) und die Menschen beginnen ihr zu vertrauen. Das ist mit ein Grund, dass in Berlin mehr gemeldet wird als anderswo.

Sie sind jetzt zwar erst seit zwei Jahren im Amt – aber vielleicht können Sie trotzdem sagen, welchen Weg die Entwicklung genommen hat.

Es sind heute Dinge sagbar geworden, sowohl was die Richtung, als auch die Schärfe des Tons betrifft, die waren vor zehn Jahren nicht denkbar. Wir kennen die sogenannte Hatespeech von der politischen Rechten wie auch die Angriffe von der politischen Linken. Man ist nicht mehr bereit, dem anderen zuzuhören.

Denken Sie da auch an konkrete Ereignisse?

Eine große Wendemarke war das Jahr 2012, als die Debatte über die Beschneidung in Deutschland hohe Wellen schlug. Sowohl Muslime wie auch Juden erfuhren Angriffe aus der Zivilgesellschaft. Am meisten verletzt haben dabei die Vorwürfe, die aus dem Bürgertum kamen: von Leuten, die sich für reflektiert hielten, die meinten, sie seien aufgeklärt und vorurteilsfrei.

Die zweite Wendemarke war 2014. Damals schwieg die Zivilgesellschaft, als jüdische Menschen angegriffen wurden, als auf den Straßen »Hamas, Hamas, Juden ins Gas!« gerufen wurde. Es gab dann zwar eine große Demonstration »Nie wieder Antisemitismus« in Berlin, zu der auch ASF aufgerufen hat. Angela Merkel hat gesprochen, der damalige Bundespräsident Joachim Gauck, Frank-Walter Steinmeier war da und auch die Vertreter der im Bundestag damals vertretenen Parteien (Anm. d. Red.: also nicht die AfD). Aber die Demonstranten waren vor allem jüdische Menschen. Es kamen außer ASF kaum Gruppen aus der Zivilgesellschaft.

Es wird viel gegen Antisemitismus getan. Was braucht es, um die verschiedenen Formen von Antisemitismus zu bekämpfen?

Es braucht den »Aufstand der Anständigen«. In den 1990er-Jahren, als es rassistische Angriffe beispielsweise in Mölln und Solingen und in Hoyerswerda gab, da sind die Menschen aufgestanden. Zigtausende beteiligten sich an Lichterketten und wollten damit ausdrücken: »So geht das nicht«. So etwas gab es seitdem nicht mehr. Es fehlt an einem dauerhaften Zeichen, das von der breiten Bevölkerung ausgeht. Es herrscht vielmehr ein vielsagendes Schweigen.

Andere Gruppen instrumentalisieren dagegen den eigenen, angeblichen Einsatz gegen Antisemitismus: Dahinter verbirgt sich Hass auf Muslime oder Sinti und Roma. Die Partei, die das propagiert, ist selbst antisemitisch: Wenn es nach deren Programm zur Bundestagswahl geht, könnte man kein koscheres Fleisch mehr kaufen und die Beschneidung wäre ebenfalls verboten.

Was macht Ihnen Mut?

Dass sowohl in den demokratischen Parteien als auch bei den Partner*innen aus der Zivilgesellschaft das Thema mehr und mehr wahrgenommen wird. Nehmen Sie den Antisemitismusbericht der Bundesregierung: Der erste ist 2011 in den Schubladen verschwunden, den zweiten, der teilweise die gleichen Forderungen stellte, nahm man schon stärker wahr. Es wurde ein Antisemitismusbeauftragter eingesetzt, es wurden erste Maßnahmen implementiert. Das gibt mir Hoffnung. Auch in Berlin passiert etwas mit dem Präventionsprogramm des Berliner Senats. Berlin ist das erste Bundesland, das so ein Programm aufgelegt hat. Die To-Do-Listen sind aufgestellt, jetzt müssen sie auch abgearbeitet werden.

Sigmount A. Königsberg wurde im Saarland »jüdisch-französisch-deutsch sozialisiert«. Er studierte an der FU in Berlin Publizistik, Geschichte und Politik. Seit 1994 arbeitet er für die Jüdische Gemeinde in Berlin und war dort in verschiedenen Bereichen tätig. Seit zwei Jahren ist er Antisemitismusbeauftragter.

Dr. Dagmar Pruin wurde 2004 an der Humboldt-Universität zu Berlin mit einer Arbeit im Fach Altes Testament promoviert. 2007 konzipierte sie das deutsch-amerikanisch-jüdische Begegnungsprogramm *Germany Close Up* an der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, das sie seither leitet. Seit 2013 ist sie Geschäftsführerin von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und seit 2014 ordinierte Pfarrerin der EKBO. Seit 2014 gehört auch *Germany Close Up* zu ASF.

Hass als Prinzip. Antisemitismus in der extremen Rechten

ANTISEMITISMUS IN DER EXTREMEN RECHTEN

»Zionismus stoppen: Israel ist unser Unglück« – mit diesem Slogan warb die Neonazi-Kleinstpartei Die Rechte im Europawahlkampf 2019 für sich. Der Satz spielt mit einem Zitat des Historikers und Politikers Heinrich von Treitschke »Die Juden sind unser Unglück«, Auslöser des Antisemitismusstreits im Jahre 1879 – die erste große Auseinandersetzung um Judenhass im Kaiserreich. Die Parole wurde später zum Schlagwort des NS-Hetzblattes *Der Stürmer*.

Schon das Anknüpfen an den historischen Nationalsozialismus durch Die Rechte macht es deutlich: Antisemitismus ist für das neonazistische Milieu in der Ideologie zentral – was sich auch in der Wahl der Spitzenkandidatin bei den Europawahlen zeigte: Es kandidierte die wegen Holocaustleugnung inhaftierte 89-jährige Ursula Haverbeck-Wetzel. Deutlicher könnte das Bekenntnis zu offenem Antisemitismus kaum sein.

ANTISEMITISMUS ALS »WELTANSCHAUUNG«

Antisemitismus ist für Neonazis eine »Weltanschauung«, ein Modell zur Erklärung der Welt, eine Linse, durch die alles gesehen wird. Hinter allem, was aus neonazistischer Sicht ein Übel ist – ob Migration, Finanzkrisen oder Krieg – steckt im Verborgenen das Judentum. Die vermeintlichen und tatsächlichen negativen Eigenschaften der Moderne werden in Jüdinnen und Juden personifiziert. Die international übliche Neonazi-Chiffre für diese weitverbreitete absurde Projektion heißt »ZOG« und steht für »Zionist Occupied Government«. Sie knüpft an die berüchtigten »Protokolle der Weisen von Zion« an, die zuerst 1903 in Russland in Umlauf gebracht wurden mit dem Ziel, Pogrome anzustacheln. Der Text fasst alle wesentlichen Grundelemente antisemitischer Verschwörungsideologie zusammen und wird bis heute von Antisemit*innen stark rezipiert.

Jüdinnen und Juden als verantwortliche Macht hinter den Kulissen, als Strippenzieher*innen, als feindliche Macht, die das deutsche Volk unterdrückt – das ist ein Dauerthema in neonazistischen Zeitschriften oder Rocksongs – aber auch in der Bildsprache von CD-Covern. So zum Beispiel bei den CDs »Widerstand verboten« der *Deutschen Patrioten* und »Im Namen des Volkes« von *Volkszorn*. Auf beiden Covern sind geknechtete und deshalb kniende sowie gefesselte Skinheads zu sehen, denen der Prozess gemacht wird. Im einen Fall ist der Richtertisch geschmückt durch eine deutsche Fahne mit Davidsstern, im anderen Fall haben die Ketten des gefesselten Skinheads die Form eines Davidssternes.

»Das moderne Judentum ist ein fremder Blutstropfen in unserem Volkskörper; es ist eine verderbliche, nur verderbliche Macht.« – so Adolf Stoecker, evangelischer Theologe und Politiker im Kaiserreich und einer der frühen bedeutenden Vordenker des Rassenantisemitismus. Anknüpfend an ihn und ähnliche Ideolog*innen halten Neonazis die von Jüdinnen und Juden vermeintlich ausgehende Gefahr für im Wesen überhistorisch und unveränderlich, weil sie in der Biologie, in der Rasse begründet ist. In diesem Denken kann es kein legitimes politisches Handeln von Juden geben und keine legitime Zugehörigkeit zu irgendeiner Bevölkerung – Jüdinnen und Juden sind immer »die Anderen«.

Der Hass ist prinzipiell – und deshalb ist es auch möglich, den Schulterschluss zu suchen mit Akteur*innen, die man aus rassistischen Gründen eigentlich verachtet: So reisten im Frühling 2019 hochrangige europäische Rechtsextreme, darunter auch der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt, in den Libanon. Sie trafen sich unter anderem mit dem Auslandsbeauftragten der Hisbollah, Sayyed Ammar Al Moussavi. Auf der NPD-Website war nachzulesen, dass man Moussavi dabei »die Unterstützung europäischer Patrioten beim gemeinsamen Kampf gegen den IS-Terror ebenso wie gegen den fortgesetzten israelischen Staatsterror gegen die palästinensische Bevölkerung und in der gesamten Region« zugesichert habe.

ANDEUTUNGEN UND RAUNEN

Die antisemitische Ideologie ist so tief verankert, dass sie gar nicht immer offen ausgesprochen werden muss, dass das Wort »Jude« gar direkt genannt werden muss – die Botschaft wird trotzdem verstanden. So heißt es im Song »Sie« des neonazistischen Musikers Jan-Peter:

> *Sie sind die Drahtzieher der Konflikte, der Kriege und Komplotte,*
> *sie inszenieren ebenso Wirtschaftskrisen und Bankrotte.*
> *Sie haben den Erdball aufgeteilt – der Beigeschmack ist obligat.*
> *Für die einen Brot und Spiele, für alle anderen Stacheldraht.*
> *Die Sklaverei der freien Geister gehört sowohl zu ihrer Strategie*
> *wie auch die Gewalt an Völkern im Zuge der Expansionsmaschinerie.*
> *Namen sind Schall und Rauch – ihr Wesen zeigt am besten, wer sie*
> *sind – Völkervernichter! Weltenvergifter!*

Im Begriff des »Weltenvergifters« scheint das ältere antisemitische Motiv der Brunnenvergiftung auf. Raunen – das Arbeiten mit Andeutungen – gehört zum Standardrepertoire des Antisemitismus, zudem wird hier durch das bewusst Nebulöse demonstriert, man dürfe ja nicht Klartext reden, weil Verfolgung drohe. Wer die Anspielungen versteht, wer erkennt, dass Jüdinnen und Juden gemeint sind, gehört dazu, ist Teil der Eingeweihten, die besser verstehen, was wirklich in der Welt passiert, ist in der Lage, hinter die Kulissen zu sehen.

Zusätzlich zum hier beschriebenen offenkundigen Antisemitismus ist zu betonen, wie Rainer Erb schreibt: »Nicht nur (…) Textzeilen, die explizit zum Judenhass und Judenmord aufrufen, müssen zum Komplex des Vernichtungsantisemitismus gezählt werden, auch jede Sieg-Heil-Parole, jeder Textbezug auf Hakenkreuz, auf SA und SS, auf Reinhard Heydrich oder auf den vielbesungenen Märtyrer Rudolf Heß, auf Rasse und Arier – alle derartigen akustischen und optischen Signale (z. B. als Cover-Illustrationen) meinen Judenmord, weil sich die Täter unter diesen Symbolen organisierten.«

Hinzuzufügen wäre, dass auch die uneingeschränkte Affirmation der Wehrmacht als am Holocaust beteiligter Organisation antisemitisch ist – so etwa bei der NPD-Parole »Opa war in Ordnung. Unsere Großväter waren keine Verbrecher!«, die immer wieder bei Aufmärschen auf Transparenten gezeigt wird.

UND DIE AFD?

Die AfD will als Partei den Eindruck erwecken, sich vom offenen Rechtsextremismus und auch Antisemitismus abzusetzen. Manche ihrer Vertreter*innen geben sich als Unterstützer*innen von Israel und als besonders deutliche Kritiker*innen von Antisemitismus. Gleichwohl gibt es immer wieder Skandale um antisemitische Äußerungen von Parteimitgliedern – etwa des baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Wolfgang Gedeon. Dieser hält die antisemitischen »Protokolle der Weisen von Zion« für eine seriöse Quelle, und Holocaustleugner*innen für »Dissidenten«. Oder die im Sommer 2019 aus der Partei ausgeschlossene ehemalige Vorsitzende des Landesverbandes Schleswig-Holstein Doris von Sayn-Wittgenstein – die unter anderem Verbindungen zur eingangs erwähnten Ursula Haverbeck-Wetzel hatte und deren Verein von Holocaustleugner*innen öffentlich unterstützte. Überraschen kann dies nicht, wurde doch gerade in den letzten Jahren der »Flügel«, ein Zusammenschluss von Mitgliedern des rechten Randes in der Partei, immer stärker – mit Gallionsfiguren wie Björn Höcke und Andreas Kalbitz, die klar dokumentierbare biographische Bezüge zum offenen Rechtsextremismus haben (Kalbitz, Höcke), sich in Vereinen organisieren, die den Nationalsozialismus relativieren und Geschichtsrevisionismus betreiben (Kalbitz) oder immer wieder mit NS-relativierenden Provokationen aufwarten (Kalbitz, Höcke). Es steht leider zu erwarten, dass bei weiter andauernder Radikalisierung der AfD nach rechts die Grenzen zum offenen Rechtsextremismus – und damit auch dessen Antisemitismus – immer weiter verwischen. Auch wenn manche AfD-Politiker*innen sich anders darstellen: Antisemitismus ist Teil des innersten Kerns rechtsextremer Ideologie, und darüber kann auch keine Verschleierungstaktik hinwegtäuschen.

Henning Flad ist Politikwissenschaftler und Projektleiter in der Geschäftsstelle der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus. Er lebt in Berlin.

Antisemitismus in den USA – eine transatlantische Perspektive

Auch im vergangenen Jahr haben wieder rund 240 junge amerikanische Jüd*innen mit unserem Programm *Germany Close Up* Deutschland besucht. Sie kommen aus verschiedenen Städten und Orten und repräsentieren verschiedene Facetten des jüdischen Lebens in den USA. Sie sind modern-orthodox oder aber verstehen ihr Judentum eher kulturell, ordnen sich verschiedenen jüdischen Organisationen oder Campusaktivitäten zu oder aber Synagogengemeinden – oder bewerben sich einfach über unsere Website www.germanycloseup.de. Die religiösen Überzeugungen sind ebenso breit gefächert wie die politischen – wobei der größere Teil unserer Teilnehmenden bei den Präsidentschaftswahlen demokratisch gestimmt hat. Und das verwundert nicht, da dies das Wahlverhalten amerikanischer Jüd*innen beziehungsweise der jüngeren Wähler*innen in den USA widerspiegelt. Doch jenseits aller religiösen und politischen Überzeugungen vereint unsere Teilnehmenden die Sorge um den Antisemitismus in den USA, der als zunehmend stärker und lauter werdend erlebt wird. Hier hat sich etwas verändert und das beeinflusst auch die Arbeit von Germany Close Up.

Es gibt Studien aus den letzten Jahrzehnten, die zeigen, dass der Judenhass in den USA immer weiter abgenommen hatte. In den ersten zwölf Jahren der Arbeit von Germany Close Up wurde in Diskussionen und Texten immer wieder deutlich, wie sicher sich fast alle unsere Teilnehmer*innen in ihrer Heimat fühlten. Zwar berichteten einzelne unter ihnen von wenigen Vorfällen von Schmierereien oder Situationen, in denen sie antisemitisch beleidigt worden waren, aber diese Fälle waren äußerst selten und wurden von den Teilnehmenden selbst nahezu durchgehend als die Ausnahme verstanden, die die Regel bestätigt. Die USA wurden als sicherer Hafen gesehen. Nun aber erleben unsere Teilnehmenden ein Klima in Politik und Gesellschaft, das für antisemitisch motivierte Taten einen neuen und größeren Raum schafft. Und das lässt den vermeintlich sicheren Hafen der Vereinigten Staaten von Amerika zu einem Ort der gefühlten wachsenden Unsicherheit werden.

Seit Beginn von Germany Close Up führen wir auf jedem Programm Podiumsdiskussionen zum Thema Antisemitismus und Rechtspopulismus in Deutschland durch. Analog dem grundsätzlichen Anspruch des Programms, verschiedene Perspektiven zu präsentieren, laden wir Wissenschaftler*innen, Vertreter*innen jüdischer Institutionen, zivilgesellschaftlicher Organisationen, und seit Beginn ihrer Tätigkeit auch Vertreter*innen von *RIAS* (vgl. S. 12/13) zu diesen Diskussionen ein. So sprechen dann junge jüdische Menschen, die sich in allen Bezirken Berlins wohl und sicher fühlen – aber auch andere, die stärker auf die (gefühlt) wachsende Bedrohung hinweisen. Das bedeutet, dass wir auch bereits 2007, als noch nicht so breit über den Antisemitismus in Deutschland gesprochen wurde, über Umfragen diskutiert haben, die zeigten, dass jede*r fünfte Mensch in Deutschland geneigt war, antisemitischen Positionen zuzustimmen – wobei die Zustimmungswerte abhängig von der genauen Formulierung der Frage höher oder geringer ausfielen. Trotz dieses kritischen Blicks sprachen unsere Referent*innen dennoch nahezu ein Jahrzehnt lang zu einer Besuchsgruppe, die sich selbst in ihrer Heimat in den USA sicher fühlte und auf dem Hintergrund dieser Erfahrung die Situation in Deutschland bewertete – 2007 wie auch in den letzten Jahren, in denen sich der Antisemitismus in Deutschland lauter und gewalttätiger Bahn brach als in den Jahren zuvor. Ich habe in diesen Diskussionen oft Sorge um die Situation in Deutschland gespürt, gerade auch weil amerikanisch-jüdische Medien sehr genau über die antisemitischen Vorfälle hier berichteten, aber gleichzeitig auch Gelassenheit und Hoffnung, dass sich die Situation zum Positiven ändern kann.

Für viele Jüd*innen in den USA stellt der rechtsextreme Aufmarsch in Charlottesville, Virginia, zehn Monate nach der Amtseinführung des amtierenden Präsidenten, einen Wendepunkt mit Blick auf das jüdische Leben in den USA dar. Es war der größte rechtsextreme Aufmarsch in den USA seit Jahrzehnten. Eingeladen hatten unter anderem Gruppen von Ku-Klux-Klan-Anhängern, Neonazis und bewaffneter rechter Milizen, vereint unter dem Motto »Unite the Right«. »Jews will not replace us« – »Juden werden uns nicht ersetzen«, diese und ähnlich Rufe skandierten die Demonstrant*innen. Zahlreiche Gegendemonstrant*innen wurden verletzt und die Demonstrantin Heather Heyer getötet, als ein Rechtsextremer mit seinem Auto absichtlich in die Menge fuhr. Im Oktober des letzten Jahres stürmte ein bewaffneter Mann in die Synagoge »Tree of Life« in Pittsburgh

und rief »Tod den Juden!«. Daraufhin tötete er elf Menschen – es war der Angriff mit der höchsten Zahl jüdischer Todesopfer in den USA überhaupt. Der Angreifer hatte zuvor seine Nähe zum sogenannten White Supremacy und rassistische und antisemitische Haltungen in den sozialen Medien formuliert, insbesondere aber seinen Hass auf eine jüdische Flüchtlingshilfeorganisation – die »Hebrew Immigrant Aid Society« (HIAS). Offenbar war er der Vorstellung verfallen, diese würde (muslimische) Geflüchtete ins Land bringen, die zu einer tödlichen Gefahr für Amerikaner*innen werden könnten.

Andere tödliche Angriffe sind gefolgt. Der amtierende Präsident Donald Trump bezeichnet sich gerne als »der am wenigsten antisemitische Mensch, den Sie je in Ihrem Leben gesehen haben«. Zugleich bereitet er mit seiner rassistischen und hetzenden Wortwahl, seiner Immigrationspolitik und seiner skrupellosen Herabwürdigung von Menschen und ganzen Menschengruppen einen Nährboden und senkt Hemmschwellen für den sich lauter und gewalttätiger Bahn brechenden Antisemitismus, der sich auch in einer wachsenden Zahl antisemitischer Vorfälle zeigt.

Diese Erfahrungen bringen unsere GCU-Teilnehmenden nun mit nach Deutschland, und als wir im August eine Gruppe aus Pittsburgh zu Gast hatten, war in den Diskussionen wenig von Zuversicht und mehr von einer generellen Unsicherheit zu spüren. Zwar werden nun die Nachrichten über Antisemitismus in Deutschland und Europa anders eingeordnet, weil man sie mit der Situation in den USA vergleicht und das stärkere Verbot des Tragens von Schusswaffen als sehr positiv wahrgenommen wird, aber die Diskussionen um die Verhältnisse in Deutschland nehmen an Schärfe und Intensität zu, weil sie gleichzeitig immer auch eine Diskussion darüber sind, wie die Verhältnisse in den USA zu bewerten sind. Denn auch wenn unsere Teilnehmenden zu größten Teilen nicht für Donald Trump gestimmt haben und sich in der Ablehnung seiner rassistischen Rhetorik einig sind, sehen andere die größere Gefahr für Jüd*innen in den USA eher von der politischen Linken ausgehend, etwa in den heimischen Universitäten von der BDS-Bewegung oder auch von islamistischen Gruppen. Für diese Diskussionen müssen wir auf den Programmen Raum schaffen. Dabei ermöglichen uns die Gespräche mit den Teilnehmenden wiederum eine tiefere Einsicht auf die Situation in den USA, wie sie in Deutschland nicht oft vorhanden ist. So wurde in der deutschen Presse breit von dem Vorwurf der Illoyalität berichtet, mit dem Donald Trump die Jüdi*inenn bedachte, die demokratisch wählen – dieser Ausdruck fiel im Zusammenhang mit der Entscheidung der israelischen Regierung, den beiden demokratischen Kongressabgeordneten Ilhan Omar und Rashida Tlaib die Einreise zu verweigern, auch weil sie die BDS-Bewegung unterstützen. Dieser Vorwurf bedient das antisemitische Vorurteil, dass jüdische Bürger*innen nicht loyal sind gegenüber dem Land, in dem sie leben. In der deutschen Presse wurde breit darüber berichtet und auch darüber, dass jüdische Verbände Trump dafür mit Recht tief kritisierten. Allerdings – und dieses war nicht zu lesen – verteidigte die Republican Jewish Coalition, das Sprachrohr der jüdischen Republikaner, die Aussagen des Präsidenten. Darüber diskutierten wir mit einigen Teilnehmer*innen unseres Programms, die der Jewish Federation in Kansas angehören, Anfang September.

Was mich jedoch jenseits aller politischen Überzeugungen immer wieder beeindruckt, ist die große Tradition von jüdisch-amerikanischem zivilgesellschaftlichen Engagement und die Solidarität mit anderen Minderheiten, die ebenfalls durch den Rechtsruck in den USA bedroht werden. Auch hier gibt es natürlich vielfältige unterschiedliche Auffassungen unter den Teilnehmenden und nicht selten tiefe Gräben – zugleich aber ein interreligiöses politisches Engagement, von dem wir in Deutschland noch viel lernen können. Bereits wenige Stunden nach dem Anschlag in Pittsburgh begannen auch muslimische Gemeinden Spenden für die Angehörigen der Toten von Pittsburgh zu sammeln.

GERMANY CLOSE UP

Das deutsch-amerikanisch-jüdische Begegnungsprogramm *Germany Close up* (kurz: GCU) vergibt jedes Jahr bis zu 250 Stipendien an junge nordamerikanische Jüdinnen und Juden, die für acht bis zwölf Tage nach Deutschland kommen, um sich ein Bild vom modernen Deutschland zu machen. Das Programm bietet den Stipendiat*innen einen Einblick in die aktuellen Diskussionen des Landes sowie in seinen Umgang mit der eigenen Geschichte. Dies geschieht durch Besuche und Begegnungen. Dabei werden die jungen jüdischen Amerikaner*innen mit einem möglichst breiten Spektrum an Meinungen und Eindrücken konfrontiert, um sich ihr eigenes Bild machen zu können. Bisher haben mehr als 2.700 Menschen daran teilgenommen.

Das Programm besteht seit 2007. Bis 2014 hatte die Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum die Trägerschaft inne, danach wechselte diese zu Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, wobei mit der Stiftung eine enge Kooperation besteht. Dr. Dagmar Pruin, die Geschäftsführerin von ASF ist auch gleichzeitig die Programmdirektorin von *Germany Close Up*. GCU wird aufgrund eines Beschlusses des Bundestages durch die Bundesregierung finanziert. Diese Mittel kommen aus dem ERP-Sondervermögen, das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie verwaltet wird. Außerdem bekommt GCU Spenden und nimmt Beiträge von Teilnehmer*innen ein.

Weitere Infos unter: www.germanycloseup.de

Dr. Dagmar Pruin wurde 2004 an der Humboldt-Universität zu Berlin mit einer Arbeit im Fach Altes Testament promoviert. 2007 konzipierte sie das deutsch-amerikanisch-jüdische Begegnungsprogramm *Germany Close Up* an der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, das sie seither leitet. Seit 2013 ist sie Geschäftsführerin von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und seit 2014 ordinierte Pfarrerin der EKBO. Seit 2014 gehört auch *Germany Close Up* zu ASF.

Die Kirchen im Kampf gegen Antisemitismus – auf schwierigem Terrain

Wie weiter mit der Kritik des Antisemitismus?

Die Kirchenleitungen in Deutschland nehmen seit Jahrzehnten eine eindeutige Haltung ein und verurteilen jedwede Form des Antisemitismus. Dies schließt selbstkritische Reflexionen der christlichen und protestantischen Judenfeindschaft ein, die die Gesamtgeschichte des Christentums prägt. Gleichzeitig belegen alle einschlägigen wissenschaftlichen Untersuchungen in den letzten Jahrzehnten, dass Antisemitismus unter Protestant*innen in etwa gleich stark verbreitet ist wie in der Gesamtbevölkerung. Dabei ist im Wesentlichen unerheblich, ob »protestantisch« durch die Kirchenmitgliedschaft, die Selbsteinschätzung oder die Häufigkeit des Kirchenbesuches definiert wird.

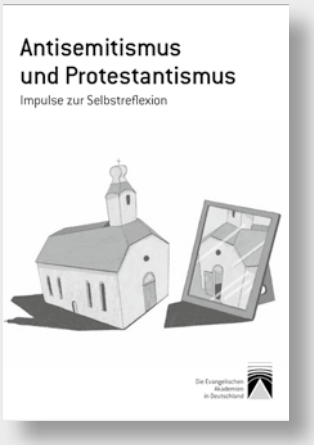
Diesen Befund gegen die Kirchenleitungen zu wenden, führte in die Irre. Allerdings drängt sich die Frage auf, wie die antisemitismuskritische Haltung der Kirchen weiter ausbuchstabiert und zugleich eine Reduktion judenfeindlicher Einstellungen befördert werden kann. So unabdingbar geboten mir diese Ziele sind, so wenig glaube ich, dass das Problem des Antisemitismus lösbar ist. Realistisch müssen wir davon ausgehen, dass wir auf alle absehbare Zeit mit Antisemitismus zu rechnen haben. Umso mehr stellt sich die Frage als Daueraufgabe: Wie können wir Antisemitismus begrenzen, seine Wirksamkeit beschneiden? Ich möchte drei (komplementäre) Themen ansprechen, um die sich protestantische Personen und Institutionen wie ASF und Evangelische Akademien perspektivisch kümmern sollten.

1. Der grundlegende Ansatz in der Sensibilisierung gegen Antisemitismus ist Selbstreflexion – nicht weil wir alle Antisemit*innen wären und den Antisemitismus in uns zu entlarven hätten. Vielmehr beruht dieser grundlegende Ansatz auf der Einsicht, dass allen Abgrenzungen gegen »die Juden« ein positiv bestimmtes nicht-jüdisches »Wir« entspricht: Wir Christen, wir Deutsche, wir Arier, wir Muslime, wir Ungarn und so weiter. Das gilt auch für Stereotype im Einzelnen: Altes versus Neues Testament, Gesetz vs. Gnade, Geld vs. Arbeit, Wurzellosigkeit vs. Blut und Boden. Wenn positives Selbstbild und abwertendes Judenbild wie zwei Seiten einer Medaille in einer Person oder Weltanschauung festgefügt sind, haben wir es mit manifestem, kaum noch aufklärbarem Antisemitismus zu tun. Die darin festgezurrten Selbstbilder aber sind weit über manifesten Antisemitismus hinaus attraktiv und virulent. Was heißt christlich sein, was heißt deutsch sein? Wir müssen die antijüdische Beantwortung dieser Fragen, die über viele Jahrhunderte in die Kultur unserer Selbstverständigung eingeschrieben wurde, weiterhin kritisieren. An die Wurzel des Problems aber kommen wir erst, wenn die Fragen der eigenen personalen, religiösen und sozialen Identität nicht mehr durch die Abgrenzung von anderen gegeben werden kann. Dies meint »Selbstreflexion«. Sie zielt auf die Versöhnung von Identität und Differenz, von Besonderem und Universalismus. Ihr Gegensatz ist essentialistische, hermetische und exkludierende Identität.

2. Für beide Seiten der Medaille – Selbstbild wie Judenbild – ist es gerade auch in der Antisemitismusforschung üblich, strikt zwischen christlichen und säkularen Bedeutungen zu unterscheiden. So gilt der Vorwurf des Gottesmordes (während »wir« den Messias haben) als christlich, die Vorstellung vom »jüdischen raffenden Geld« (während »unser Volk« ehrlich und freudig arbeitet) als säkular. Dementsprechend ist die gängige These, dass die christliche Judenfeindschaft im 19. Jahrhundert durch einen säkularen (nationalistischen und rassistischen) Antisemitismus ersetzt wurde. Diese klare Trennung trifft allerdings weder systematisch noch historisch zu. Die Rede vom »jüdischen Geld« findet sich in unendlich vielen theologischen Texten. Zugleich greifen dezidiert säkulare Antisemit*innen sehr gerne auf christliche Versatzstücke zurück. Hitler zitiert aus der Bibel, das »christliche Abendland« wird von der AfD und Konsorten verteidigt. Leider hat die Antisemitismusforschung – inklusive der theologischen – dieser Verschränkung von Religiösem und Säkularem wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Dabei ist es gerade in Deutschland und gerade für den Protestantismus evident, wie sehr protestantische und deutsche Selbstbilder miteinander verwoben und beide zugleich antijüdisch ausgerichtet wurden. Für kirchliches und theologisches Engagement gegen Antisemitismus heißt dies: Die Fokussierung aufs Christliche geht am real existierenden Antisemitismus von Christ*innen vorbei. Antisemitismus ist ein Amalgam aus Christlichem, Säkularem und mannigfaltigen Hybriden, die wir noch viel zu wenig verstanden haben.

3. Im Protestantismus wie in der Gesamtgesellschaft gibt es seit den 1970er Jahren eine bedeutsame Strömung, die rassismuskritisch und antikolonial orientiert ist. Sie hat viel Gutes bewirkt, insbesondere im Bereich der Migrationspolitik, der globalen Partnerschaften und der Entwicklungszusammenarbeit. Ihren blinden Fleck aber hat sie bis heute bewahrt: Wendet man den rassismuskritischen und antikolonialen Blick auf den Nahostkonflikt, kommen unweigerlich Problemlagen hinzu, die aus diesem Blickwinkel nicht eingesehen werden können: der Staat der Überlebenden der Shoah als Besatzungsmacht, Palästinenser*innen als Entrechtete diverser arabischer Staaten, islamistisch und antisemitisch Aufgehetzte, die an israelischen Sperranlagen erschossen werden und so weiter. Schon diese wenigen Formulierungen machen deutlich, welchen Dilemmata man sich in der Beurteilung des israelisch-palästinensischen Konfliktes gegenübersieht. Mit solchen Dilemmata aber lässt sich keine Identitätspolitik betreiben, um die es im Konflikt über den Nahostkonflikt vermutlich weit häufiger geht als um den Nahostkonflikt selbst. Das führt zur Abschottung der antikolonialen Rassismuskritik gegen die Antisemitismuskritik. Aus dem Bedürfnis nach Eindeutigkeit erklärt sich, warum so erbittert über Israel gestritten wird: Israel lässt sich (wie vormals »der Jude«) zur entscheidenden Frage »unserer« Identität als postkolonialer, antirassistischer Verteidiger der Menschenrechte stilisieren. Nordkorea taugt dafür nicht.

Dr. habil. Klaus Holz ist Soziologe. Er arbeitete von 1988 bis 2000 an diversen soziologischen Instituten. 2000 bis 2009 leitete er das Evangelische Studienwerk e. V. Villigst und ist seitdem Generalsekretär der Evangelischen Akademien in Deutschland e. V. Er war Kuratoriumsvorsitzender des Villigster Forschungsforums zu Nationalsozialismus, Rassismus und Antisemitismus und im *Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus* des Deutschen Bundestages. Etliche Publikationen, unter anderem: Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburger Edition 2010.



BROSCHÜRE »ANTISEMITISMUS UND PROTESTANTISMUS – IMPULSE ZUR SELBSTREFLEXION«

Der Satz »Die Juden sind unser Unglück« erlangte seine traurige Berühmtheit als Ausdruck des Judenhasses der Nationalsozialisten – millionenfach vom Hetzblatt *Der Stürmer* gedruckt. »Erfunden« hat ihn allerdings ein anderer: Heinrich von Treitschke. Historiker im 19. Jahrhundert. Deutsch sein hieß für Treitschke vor allem auch protestantisch zu sein – und nicht jüdisch.

Dies ist eines der Beispiele, die in der Broschüre »Antisemitismus und Protestantismus – Impulse zur Selbstreflexion« aufgeführt sind. Es soll zeigen, inwiefern der Protestantismus und seine Vertreter*innen in den vergangenen Jahrhunderten zur antisemitischen Gedankenwelt beigetragen haben. Angefangen bei Martin Luther, der sich in einigen Schriften abfällig gegenüber Jüdinnen und Juden äußerte. Dabei bleibt die 36-seitige Schrift, herausgegeben von den Evangelischen Akademien in Deutschland, nicht bei den Wurzeln des Antisemitismus stehen. Sie zeigt auf, wie Antisemitismus heute funktioniert – hintergründiger und oftmals auch unbewusst. Dabei verweist sie darauf, dass evangelische Christ*innen in punkto Antisemitismus nicht besser sind als der Rest der Gesellschaft, wie Befragungen gezeigt haben. Selbstreflexion tut also not. Das Heft gibt dazu Hilfen und ist ein guter Anstoß für alle Christ*innen, ihr eigenes Handeln und Sprechen zu überdenken. (tha)

Die Broschüre kann unter www.evangelische-akademien.de/publikation/antisemitismus-und-protestantismus-impulse-zur-selbstreflexion heruntergeladen und unter der E-Mail-Adresse office@evangelische-akademien.de als gedrucktes Exemplar bestellt werden.

Antisemitismuskritische Bildungsarbeit in der Migrationsgesellschaft

Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft ist in den Medien häufig Thema. Oft fällt der Blick in der Debatte einseitig auf antisemitische Ressentiments von Migrant*innen und es zeigt sich eine Tendenz, die rassistische Vorurteile reproduziert, indem Antisemitismus besonders Migrant*innen beziehungsweise Muslim*innen zugeschrieben wird und dabei der Blick auf den Antisemitismus in der Mehrheitsgesellschaft verloren geht. Eine Differenzierung des Antisemitismus nach Gruppen von Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichten oder im Kontext einer jeweiligen Religionszugehörigkeit bleibt unterkomplex, wenn damit in starren ethnischen und religiösen Zuschreibungen verharrt wird, unabhängig von der jeweiligen Sozialisation, politischen Einstellung und des Wissens. Für unsere Bildungsarbeit zu Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft ist es daher von Bedeutung, die Dynamiken der Gesamtgesellschaft in den Blick zu nehmen. Das schließt insbesondere die Verschränkung antisemitischer Ideologie mit Rassismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ein. Zur Migrationsgesellschaft gehören alle in Deutschland lebenden Menschen – mit und ohne Einwanderungsgeschichten.

In den Bildungsprogrammen des ASF-Arbeitsbereichs »Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft« wenden wir uns schwerpunktmäßig an Menschen mit Einwanderungsgeschichten, zum Beispiel die Stadtteilmütter aus Neukölln, die als Familienberater*innen arbeiten, Frauen aus der Minderheit der Roma und Menschen, die nach Deutschland geflohen sind. Die Seminarreihen gehen auf eine Initiative von Stadtteilmüttern zurück, die sich an uns gewandt haben, weil ihnen Wissen über die Zeit des NS fehlte und sie das Gefühl hatten, in den Debatten über die Geschichte nicht mitreden zu können. Unsere Bildungsprogramme richten sich insbesondere an Menschen, die bisher wenig Zugang zur Beschäftigung mit der deutschen Zeitgeschichte oder ein besonderes Interesse an der Auseinandersetzung mit der Erinnerungskultur haben. Unser Impuls, die Seminare durchzuführen ist nicht, dass wir finden, Menschen mit Migrationshintergrund hätten eine Beschäftigung mit der NS-Geschichte und mit Antisemitismus nötiger als Menschen ohne Migrationshintergrund. Eher ist es so, dass wir Menschen in den Dialog über Geschichte einbeziehen wollen, die häufig davon ausgeschlossen sind. Wir freuen uns sehr über deren Initiative und Interesse, weil wir von den Teilnehmenden lernen können: über ihre Perspektiven auf die Erinnerungskultur in Deutschland und über ihre eigenen Geschichten, die zur deutschen Geschichte dazugehören.

In den Seminarreihen kommen wir mit den Teilnehmenden über die Geschichte des Nationalsozialismus ins Gespräch und setzen uns mit der Verfolgung und Vernichtung des europäischen Judentums, dem Völkermord an den Sintezze*Sinti und Romnja*Roma sowie der Verfolgung und Ausgrenzung anderer Minderheiten auseinander. Wir nähern uns den Themen mit Methoden der historisch-politischen Bildungsarbeit, etwa mit Besuchen von historischen Orten, Gedenkstätten und Ausstellungen sowie Begegnungen mit Zeitzeug*innen und ihren Nachkommen. Lokalhistorische Auseinandersetzung verbindet die »große« Geschichte mit dem eigenen Lebensumfeld.

In den Bildungsprogrammen erleben wir bei den Teilnehmer*innen ein großes Interesse an der Beschäftigung mit der NS-Geschichte sowie eine große Empathie und Anteilnahme gegenüber den Opfern und ihren Nachkommen. Die Teilnahme an der Seminarreihe ist für viele Anknüpfungspunkt für ihr persönliches Engagement gegen die Ideologien der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Herausfordernd ist die Beschäftigung mit der NS-Geschichte besonders dann, wenn die eigene Familie selbst von der Verfolgung und Gewalt betroffen war, etwa als Zwangsarbeitende oder als Angehörige verfolgter Minderheiten. Das Interesse an dem Seminarprogramm entspringt oft auch dem Wunsch nach Teilhabe an einem gesellschaftlich relevanten Thema, das zum Verständnis der Gesellschaft, in der wir miteinander leben, bedeutsam ist. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte, der Erinnerungskultur und den aktuellen Entwicklungen im Umgang mit der NS-Zeit bietet insbesondere den Teilnehmer*innen unserer Programme, die in jüngster Zeit eingewandert sind, ein Angebot der Orientierung in der deutschen Gesellschaft.

Abhängig von der Sozialisation und vom Bildungshintergrund sind bei unseren Teilnehmer*innen Vorurteile und Wissen unterschiedlich stark ausgeprägt. Es kann Unterschiede geben in den Geschichten, die über Jüdinnen und Juden erzählt werden und die sich auf Narrative in den jeweiligen Communities beziehen können, aber ebenso auch auf Narrative in der Mehrheitsgesell-

schaft. Wir kommen in fast jeder Seminarreihe auch auf Israel zu sprechen, weil die Beschäftigung mit der Verfolgung des europäischen Judentums bei den Teilnehmenden immer auch Fragen zu Israel hervorruft. Diese Debatten können mit Menschen mit Einwanderungsgeschichten ebenso herausfordernd sein wie mit Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft. Die Haltungen können sich auf kollektive Narrative aus anderen Ländern beziehen und damit teilweise auch auf dort vorhandene offen antiisraelische und antisemitische Darstellungen Bezug nehmen. Meist erleben wir, dass die Haltungen sich aus den Debatten hier in Deutschland speisen. So erzählte uns ein aus Syrien zugewanderter Teilnehmer unseres Seminars von den Lehrinhalten seines Integrationskurses in Deutschland: Sein Lehrer erklärte ihm, die Juden seien an der Verfolgung selbst schuld gewesen, da das Kapital in ihren Händen lag.

Wir versuchen, einen differenzierten Dialog über Antisemitismus, Israel und den Nahostkonflikt zu führen. Der dialogische Ansatz der Bildungsprogramme ermöglicht es uns, die Wirkung von antisemitischen Ressentiments zu reflektieren und einseitige Narrative, an denen antisemitische Weltbilder anknüpfen, zu hinterfragen.

Die Beschäftigung mit der Geschichte führt uns in den Bildungsprogrammen auch zu Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens in unserer Gegenwart – in einer Gesellschaft, in der (bis) heute Antisemitismus, Rassismus und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zu Diskriminierung, Ausgrenzung und Hassverbrechen führen. Viele unserer Teilnehmer*innen sind als Migrant*innen, Muslim*innen oder Romnja*Roma persönlich von Rassismus betroffen. Mit biografisch-orientierten Bildungsmethoden arbeiten wir zu den eigenen und anderen Lebensgeschichten und geben Raum für die Beschäftigung mit Rassismuserfahrungen. Die Teilnehmer*innen berichten von stereotypen Bildern, mit denen sie konfrontiert sind, und von den alltäglichen Situationen, in denen sie immer wieder als anders, als nichtdazugehörig ausgegrenzt werden. Die Biografiearbeit bietet in den Bildungsprogrammen eine Möglichkeit, die eigene Geschichte in einer Erzählung zu entfalten, mit anderen zu teilen und Wertschätzung für heterogene Lebensverläufe zu erfahren. Mit Blick auf die Vielfalt der Biografien in unserer Migrationsgesellschaft ist dies ein wertvoller Ansatz, der Gemeinsamkeiten, aber auch gesellschaftliche Chancenungleichheiten sichtbar werden lässt.

Diese Wertschätzung für Vielfalt und die Kritik an Ungleichheitsideologien tragen Publikationen und Veranstaltungen des Arbeitsbereichs über die Seminarräume hinaus in die Öffentlichkeit. Aus unseren Bildungsprogrammen entstanden neue Ideen für Seminarreihen und Projekte, die das Engagement für eine solidarische Gesellschaft weitertragen. Erst wenn die Erfahrungen von Antisemitismus und Rassismus in unserer Gesellschaft mehr Gehör finden, können ein differenziertes Wissen und ein gesamtgesellschaftliches Bewusstsein für diese Ideologien, ihre (verwobenen) Geschichten ebenso wie ihre gegenwärtigen Erscheinungsformen entstehen.

Sara Spring, geboren 1987, studierte Geschichte und Public History in Berlin und Jerusalem, seit 2006 ist sie in der historisch-politischen Bildung tätig und seit 2015 Projektkoordinatorin des ASF-Arbeitsbereichs »Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft«.

Jutta Weduwen studierte in Hamburg, Jerusalem und Berlin Soziologie. Sie kam 2001 zu ASF als Israel-Referentin, leitete dann den Arbeitsbereich »Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft« und ist seit 2012 Geschäftsführerin. Sie ist Mitglied im Sprecher*innenrat der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus.

»Mensch, wo bist Du?«

Gemeinsam gegen Judenfeindschaft Themenheft 2019 der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit

Antisemitismus, das ist auch Gegenstand des diesjährigen Themenheftes der Christlich-Jüdischen Gesellschaften in Deutschland. Auf knapp 70 Seiten geht es um Judenfeindschaft in der christlichen Kunst, über die Passionsgeschichte, die im kommenden Jahr wieder in Oberammergau aufgeführt wird, über Antisemitismus in Europa oder die Kritik an Israel. Unter den Autor*innen sind so prominente Namen wie der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, und der Münchner Erzbischof Kardinal Reinhard Marx.

Schön ist die Bebilderung: Die Aufnahmen stammen aus der Arbeit mit Schüler*innen des Labenwolf-Gymnasiums in Nürnberg, des einzigen musischen Gymnasiums in der Stadt, in der die Nationalsozialisten ihre Rassegesetze verabschiedeten.

Im Heft finden sich viele Bausteine zur Auseinandersetzung mit dem Thema im Unterricht und in der Gruppenarbeit: Unterrichtsentwürfe, Projektideen, Präsentationen und Andachten, die Vikar*innen des Loccumer Predigerseminars erarbeitet haben.

Das Heft ist zu beziehen über:
Deutscher Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e. V.
Postfach 1445
61214 Bad Nauheim
E-Mail: info@deutscher-koordinierungsrat.de
www.deutscher-koordinierungsrat.de

Vorurteile, Lügen und Missverständnisse verlernen

Die Rubrik »Zum Verlernen« ist ein Bestandteil der Schriftreihe »Predigthilfen« von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Dafür zuständig ist unter anderem Helmut Ruppel, der im Folgenden erklärt, was denn verlernt werden müsste – und auch gleich ein Beispiel gibt.

Ein chassidischer Frommer fragt Rabbi Bunam nach einer Schriftstelle, die er nicht verstehe. Es handelte sich um den Fluch über die Paradiesschlange, die, weil sie Menschen dazu verführte, Gott gleich sein zu wollen, fortan auf dem Boden kriechen und Erdenstaub fressen soll. »Das ist doch keine Strafe«, sagte der Mann, »das ist doch eher ein Segen; denn wenn die Erdenstaub fressen soll, dann ist sie das einzige Lebewesen, das immer genug zu essen hat.« »Ja«, antwortete Rabbi Bunam, »sie wird nie um etwas bitten müssen. Das ist ihre Strafe.«

Nun gehört es zur Kirche seit zwei Jahrtausenden, dass sie ihre ältere Schwester (zugegeben, eine oft vertrackte Beziehung), die Synagoge, nie um etwas gebeten hat: nicht um Kenntnisse, nicht um Verstehenshilfen, nicht um Freundschaft, nicht um Gemeinschaft auf dem Weg durch die Geschichte, nicht um gemeinsames Klagen und Loben – haben sie doch beide die Psalmen in ihrer Schatztruhe –, nicht um das Bibellesen, nicht um ein gemeinsames Frühstück, vor allem nicht um irgendeine Auskunft. Und nach den bösen Jahren, nicht, bis auf zaghafte Anläufe, um Vergebung.

Im Gegenteil, sie diktierte, sie führte die Feder, sie verurteilte, sie erklärte sich in manchen Fragen der Lehre für »unfehlbar«. Sie war im paradiesischen Stande der Freiheit von allem Lernen. Die Kirche hat nie etwas lernen oder erbitten müssen. In Bamberg, in Straßburg, in einigen Orten in Europa stehen sich Kirche und Synagoge gegenüber; die eine aufrecht-herrschaftlich, die andere untertänig gemacht und aussichtslos, mit verbundenen Augen. Nie um etwas bitten müssen – ein Fluch.

Unter die neuen überlebenswichtigen Tugenden gehört die »Fehlerfreundlichkeit« – auch für die Kirche. Wir wollen Rabbi Bunams Auslegung ernst und wörtlich nehmen und den Fluch, nie um etwas bitten zu müssen, mit der Bitte um Entschuldigung und Verzeihung abzuwenden versuchen. Wir bitten um Entschuldigung für überheblich-herabsetzende Redeweisen gegenüber Israel. Wir bitten um Verzeihung, dass wir in unserer Rede und Wortwahl immer das Licht auf unsere Seite haben fallen lassen und alles Dunkle auf die jüdische Seite. Mit dem Wortpaar »Gesetz und Evangelium« ist sogar so etwas wie eine evangelische Identität im Kontrast entstanden. Wir bitten um Verzeihung für diese ungeschwisterliche Wortwahl.

Von den vielen Vorurteilen, Lügen und Missverständnissen stellen wir ein Wort an die Spitze, das in seiner schmähenden und vernichtenden Etikettierung in der Umgangssprache fest verwurzelt ist: alttestamentarisch.

»ALTTESTAMENTARISCH«? – ALTTESTAMENTLICH!

»Schon oft habe ich wiederholt, dass das Gegenteil von Liebe nicht Hass ist, sondern Gleichgültigkeit.« Dies einzuschärfen wird Elie Wiesel nicht müde.[1] Gleichgültigkeit, die Diktatur der Gefühllosigkeit. Gleichgültigkeit, Sieg der Apathie über Leidenschaft und Liebe. Gleichgültigkeit, die größte Gefahr für eine Gesellschaft.

Ist das auch an der Sprache zu erkennen, dem auffälligsten Indikator für den Zustand einer Gesellschaft? Wir wählen ein Wort, zu dem Kirche, Politik, Gesellschaft samt allen Medien greifen, wenn das Widrige, das zu Verurteilende, das zu Verabscheuende benannt und getroffen werden soll: »Alttestamentarisch!«

Wer in das Wortschatz-Modul der Universität Leipzig »alttestamentarisch« eingibt, findet das Wort graphisch in einem dichten Geflecht mit »Auge um Auge, Zahn um Zahn«, »Strafe«, »Rache«, »Brandmarkung«, »Affront« und – Gebot(!) – Begriffe, die in nächster Nähe zum »alttestamentlichen Rache- und Zornesgott« stehen. Es geht nicht um irrtümliche »versehentlich falsche Sprachverwendung«[2]; wer nämlich »alttestamentlich« aufruft, findet »Gebot«, »Gottesbild«, »Bibel«, »Religion« und »Gott«. »Das hat wenig mit Zufall oder Dummheit und viel mit Vorurteil und

1 Elie Wiesel (1991): Die Anatomie des Hasses. In: ders.: Den Frieden feiern, Herder spektrum 4019, S. 82–84.

2 Andreas Mertin (2005): »-arisch« oder: Sprache als Indiz. Zur Renaissance eines Adjektivs. In: Magazin für Theologie und Ästhetik, 33/2005, URL: www.theomag.de/33/am145.htm (Stand: 26.09.2019)

Antijudaismus zu tun«.[3] Die Wortschatz-Belege stellen unzählige kuriose, unsägliche, hasserfüllte und bizarre Zitate zusammen, unter denen bemerkenswert ist, dass neben den Journalist*innen vor allem Kunsthistoriker*innen, Literaturwissenschaftler*innen und Germanist*innen in ihrer Verwendung des Wortes auffallen, häufig auch Sozialdemokrat*innen[4]. Es gibt jedoch »Gegenstimmen«: »Wenn israelische Politiker und Militärs auf terroristische Bomben und Selbstmordattentäter mit Gegenschlägen reagieren, heißt es bei uns in vielen Kommentaren, das entspreche dem typisch ›alttestamentarischen Racheprinzip‹ nach der Formel ›Auge um Auge‹ (›alttestamentarisch‹ statt ›alttestamentlich‹ ist übrigens Nazisprache).«[5] Letzteres ist nicht ganz korrekt, denn Andreas Mertin kann nachweisen, dass die ersten Fundstellen bei von Brentano (1811), Hauff (1826), Reuter (1856) und Strindberg (1897) liegen, also in Frühromantik bis Spätromantik. Höchstinteressant ist, dass zum Beispiel Jean Paul, Jacob Burckhardt, das Grimmsche Wörterbuch und andere korrekt das Wort »alttestamentlich« verwenden. Der Gebrauch von »alttestamentarisch« bei Hitler und Goebbels ist zum Schaudern, wir geben ihnen nicht die Ehre mit einem Zitat[6].

Wie sich das Wort »alttestamentarisch« zu einem Schlüsselwort des alltäglichen Antijudaismus entwickelt hat, zeigt der Leserbrief[7] eines »Christen« an die Online-Ausgabe des *Focus*: »Eigentlich sollte seit Jesus für jeden Christen das Doppelgebot der Liebe der Maßstab des Handelns sein. Wer das negiert und die Rachegelüste goutiert, schließt sich selber von der aufgeklärten westlichen Gesellschaft aus, die eben auf diesen christlichen Werten basiert. ›Auge um Auge‹ ist alttestamentarisches Gehabe und hat in der heutigen Zeit, egal ob im Iran oder in den USA, nichts mehr verloren.« Sieh an! »Gebildeter Antisemitismus«! »...schließt sich selber aus...«, »... hat ... nichts mehr verloren«, »...wer das negiert...« – ein Ressentiment wandelt sich zur Aggressivität, wer soll außerhalb des Christentums da noch bestehen? Und dies ist Alltag! Ein Wissenschaftler klagte neulich, man bräuchte zwei Assistent*innen für den täglich anfallenden Bedarf an Protestschreiben gegen die manifeste judenfeindliche Terminologie wie »alttestamentlich« in allen Medien. Andreas Mertin schließt seinen Aufsatz mit den Worten: »...protestieren Sie, verlangen Sie die Änderung der Wortwahl!« Er hat Recht, denn es ist zu befürchten, dass auch hier die Gleichgültigkeit schon eingezogen ist. Bei aller Antisemitismuskritik in Kirche und Theologie bleiben alte Vorurteile und man wird den Verdacht nicht los, »alttestamentarisch« gehöre weiterhin dazu. Es wäre ein bedrückendes Signal, wenn die Selbstauslegung des Christentums auf solche Stereotype nicht verzichten und der Gleichgültigkeit nicht wehren könnte. Das Wort »alttestamentarisch« hat wegen seines eindeutig negativen Klangs keinen Ort im christlichen, ja, in keinem Sprachgebrauch.[8] Zugrunde liegt ein Verständnis des Alten Testamentes als einem Buch der Gesetze, einem »gesetzlichen« Buch. Daher »testamentarisch«, beziehungsweise beim Alten Testament: »alttestamentarisch«. Es ist der 2. September 2018: Zwei kritische Journalisten werden von einem Gericht in Myanmar hart verurteilt, nein, in der Sprache des Fernsehens »mit alttestamentarischer« Härte – und das in einem hinduistischen Land ...

Helmut Ruppel, Pfarrer und Studienleiter i. R., arbeitete lange für Zeitungen und Rundfunk, seit 2007 ist er in der Redaktion der »ASF-Predigthilfe«, www.helmut-ruppel.de

3 ebd.
4 A.a.O., S. 3
5 www.zdk.de/salzkoerner/salzkorn.phg?id=112
6 Andreas Mertin, a. a. O., S. 3
7 www.focus.de./panorama/welt/alttestamentarischen-denken-iran-kommentar_3521781.html
8 Albrecht Lohrbächer, Helmut Ruppel, Ingrid Schmidt (Hg.) (2006): Was Christen vom Judentum lernen können, Kohlhammer, Stuttgart, 100 f.

Die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus und dem christlichen Antijudaismus ist immer wieder Thema in den Predigthilfen von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Die Predigthilfe von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ist zum Download unter www.asf-ev.de/predigthilfe erhältlich. Die gedruckten Hefte können Sie unter 030/28 395 184 telefonisch bestellen.

Arbeitet wie eine Taskforce

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* setzt ein vielfältiges Instrumentarium zur Eindämmung des Antisemitismus ein: Beobachtung, Forschung, Handlungsempfehlungen und Öffentlichkeitsarbeit.

Vor etwa zwei Jahren legte der zweite *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus** seinen Abschlussbericht vor. Ergänzend zum Bericht des ersten Expertenkreises widmete er sich intensiv einer Reflexion pädagogischer Rahmenbedingungen und notwendiger Haltungen, um nachhaltig gegen Antisemitismus vorgehen zu können. Mit der Beschreibung des Auftretens von Antisemitismus in unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten setzte er zugleich die Arbeit des ersten Berichts fort. Wie wichtig beispielsweise die Einsicht ist, dass auch Pädagoginnen und Pädagogen nicht frei von antisemitischen Bildern sind, wurde ebenso erörtert wie die Notwendigkeit unterschiedlicher methodischer Ansätze, wenn es um Prävention oder um Intervention geht. Neu war, den Blick von von Antisemitismus Betroffenen mit einer empirischen Untersuchung einzubeziehen und Gespräche mit Vertreter*innen jüdischer Institutionen zu führen.

* Dem Kreis gehörten an Dr. Juliane Wetzel vom Zentrum für Antisemitismusforschung und Patrick Siegele, Direktor des Anne Frank Zentrums, in der Funktion als Koordinator. Ferner Prof. Dr. Werner Bergmann (ZfA), Marina Chernivsky (ZWST), Aycan Demirel (KIgA), Prof. Dr. Beate Küpper (Hochschule Niederrhein), Prof. Dr. Andreas Nachama (Direktor der Stiftung Topographie des Terrors), Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber (Hochschule des Bundes) und Dr. Elke Gryglewski.

Neben den zentralen Forderungen, dass ein*e Antisemitismusbeauftragte*r für die Bundesrepublik berufen werden soll, antisemitische Straftaten konsequent erfasst, veröffentlicht und geahndet werden sollen, Träger der Antisemitismusprävention dauerhaft gefördert werden sollen, eine ständige Bund-Länder-Kommission geschaffen und langfristig angelegte Forschungsförderung zum Antisemitismus stattfinden sollen, enthielt der Bericht ausführliche Handlungsempfehlungen zu allen untersuchten Bereichen: Straftaten, antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung, Erfahrungsräume und Perspektiven der jüdischen Bevölkerung im Umgang mit Antisemitismus, medialer Diskurs, Antisemitismus und Parteien, in politischen Bewegungen und Organisationen; ebenso Antisemitismus in den Religionen sowie bei Geflüchteten und die Themen Prävention und Intervention.

Angesichts bestehender anderer Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft hat der Arbeitskreis zudem empfohlen, dass Expertenkreise eingerichtet werden, die Berichte beispielsweise zu antimuslimischen Vorurteilen erstellen sollten.

Im Zuge der Arbeit wurden externe Expert*innen und wichtige Akteur*innen im Feld Antisemitismus eingeladen. Dabei wurde dem Kreis mehrfach empfohlen, die Arbeitsdefinition von Antisemitismus der *International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)* zu übernehmen beziehungsweise die Bundesregierung aufzufordern, dies zu tun. Nach langer, teilweise kontroverser Diskussion entschied der Kreis, dem zu folgen – im Wesentlichen mit dem Ziel, Institutionen wie der Polizei ein handhabbares Instrument an die Hand zu geben, nämlich möglichst eindeutige Kriterien bei der Identifizierung antisemitischer Straftaten.

DIALOGVERANSTALTUNGEN SOLLEN AUFKLÄREN UND GESELLSCHAFTLICHE GRUPPEN INS GESPRÄCH BRINGEN

Von besonderer Bedeutung war die im Bericht konstatierte Diskrepanz zwischen den Zahlen antisemitischer Straftaten und dem Empfinden der jüdischen Bevölkerung. Obwohl nach wie vor Rechtsextreme als zentrale Träger antisemitischer Einstellungen identifiziert wurden, muss sehr ernstgenommen werden, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland vor allem eine Gefahr von als muslimisch identifizierten Gruppen für sich wahrnehmen. Die Diskussion um diese Frage hat vielerorts zu einem Zerwürfnis von Akteur*innen geführt, das angesichts der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik tragisch ist. Hier erscheint die Organisation von Dialogveranstaltungen – zum Beispiel durch die inzwischen auf Bundes- und vielfach auch Landesebene etablierten Antisemitismusbeauftragten – als dringlich angezeigt.

Positiv ist, dass es eine viel breitere Wahrnehmung und Diskussion um antisemitische Vorfälle und Haltungen gibt. Gleichzeitig ist bedauerlich, dass vielfach der Eindruck entsteht, mit schnellen Entscheidungen auf politischer Ebene werde einer nachhaltigen Auseinandersetzung mit Antisemitismus ausgewichen. Im Hinblick auf die auch durch den *Expertenkreis Antisemitismus* etablierte Arbeitsdefinition sehen Mitglieder dieses Kreises mit Sorge, dass diese in manchen Fällen dazu genutzt wird, manche kritische Position gar nicht mehr bei Veranstaltungen zuzulassen und anzuhören. Das konterkariert das Ziel der Definition und kann nicht Sinn einer angestrebten nachdenklichen und nachhaltigen Diskussion sein, die eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Antisemitismus und seiner Prävention will.

Dr. Elke Gryglewski ist stellvertretende Direktorin der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz und leitet dort die Bildungsabteilung. Sie war Mitglied im ersten und zweiten vom Bundestag eingesetzten *Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus*.

Bella Shirin. Als einige der wenigen litauischen Jüdinnen und Juden überlebten ihre Eltern die KZs Stutthof und Dachau. Nach der Befreiung kehrten sie nach Litauen zurück, wo Bella Shirin 1946 geboren wurde. Infolge der repressiven politischen Lage verließ die Familie Litauen und emigrierte nach Israel, als Bella 17 Jahre alt war. Im Jahr 2004 reiste sie zum ersten Mal in ihre alte Heimatstadt Kaunas zurück, wo sie seit 2016 mit doppelter Staatsbürgerschaft lebt. Sie besucht Schulen und spricht mit den Schüler*innen über ihre Familiengeschichte und die Hilfe, die ihre verfolgte Familie von nicht-jüdischen Litauer*innen während der Besatzung erfahren hat. Mit ihrem Engagement möchte sie sich für eine bessere gemeinsame Zukunft einzusetzen. Ihr Portrait, hier in der Ausstellung in Wien, wurde anlässlich des ASF-Jubiläums 2018 von Luigi Toscano aufgenommen.

Und wie sieht es in anderen Ländern aus – in puncto Antisemitismus?

Antisemitismus in Großbritannien

Vor einigen Monaten bekam ich als Privatperson eine E-Mail mit einer Anfrage, ob ich im Rahmen einer Vorlesungsreihe einen 40-minütigen Vortrag halten könnte. Das Thema könne ich, sofern es sich im Feld »Peace and Social Justice« bewege, frei wählen. Sofort dachte ich, dass dies eine gute Gelegenheit sei, über die Arbeit von ASF zu sprechen und uns damit ein wenig bekannter zu machen. Ich schrieb also zurück und skizzierte in groben Zügen, worüber ich gerne spräche. Zwei Tage später erhielt ich einen Anruf von der Organisatorin der Vorlesungsreihe. Zuerst fragte sie mich, ob wir eine jüdische Organisation seien und dann, ob wir mit jüdischen Organisationen zusammenarbeiteten. Hörbar beschämt versuchte sie mir zu vermitteln, dass sie persönlich auf gar keinen Fall Antisemitin sei und die Zuhörergruppe ihrer Vorlesungsreihe sicher auch nicht, dass der Vortrag, den ich vorgeschlagen hatte aber politisch schwierig sei, da sich viele in ihrem Zuhörerkreis in der BDS-Bewegung gegen Israel engagierten (BDS = Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen).

Dieses Telefonat bestätigte leider, was ich zuvor schon von vielen unserer Projektpartner*innen gehört hatte: Das derzeitige Klima der antiisraelischen und antisemitischen Stimmung in Großbritannien scheint eine erschreckende Wirkung auf Teile der britischen Gesellschaft ausgeübt zu haben und führt dazu, dass viele Jüdinnen und Juden darüber nachdenken, ob es nicht besser wäre, dieses Land, welches in der Vergangenheit immer als besonders offen und tolerant gegenüber dem Judentum gesehen wurde, zu verlassen. Auch die Unwilligkeit der Labour-Partei, sich entschieden gegen den antisemitischen Diskurs von Teilen ihrer Mitglieder zu stellen, hat dazu beigetragen, eine Atmosphäre der Angst zu schaffen. Wenn kulturelle Organisationen Bedenken haben, Vorträge von pro-jüdischen Organisationen in ihr Programm aufzunehmen, dann ist Großbritannien einen großen Schritt zurückgegangen. Auch wenn Antisemitismus in Großbritannien sich bisher meist noch nicht in physischer Gewalt ausdrückt, so frage ich mich doch: Gibt es Juden – zum Beispiel Wissenschaftler*innen, Ingenieur*innen und Professor*innen – denen in Großbritannien der Arbeitsplatz verweigert wird oder Unternehmer*innen, die aufgrund von Vorurteilen Aufträge verlieren? Vor fünf oder zehn Jahren hätte ich gesagt, dass dies höchst unwahrscheinlich sei. Nach meiner jüngsten Erfahrung – und nach dem, was ich über den Anstieg von Antisemitismus gelesen und von Projektpartnern gehört habe – würde ich sagen, dass dies durchaus möglich ist. Und das weiß ich: Wenn jemand pro-jüdische Organisationen nicht willkommen heißt, weil er*sie eine Gegenreaktion befürchtet, dann ermöglicht diese Feigheit den Hassern, ihre irrationale Abneigung gegen jüdische Menschen zu verbreiten und sie als akzeptabel erscheinen zu lassen. Und ich frage mich: Ist das wirklich die »neue Normalität«, die wir für Großbritannien wollen?

Sabrina Gröschel ist Landesbeauftragte in Großbritannien. Sie lebt dort – mit Unterbrechungen während der Studienzeit – seit dem Jahr 2000.

Antisemitismus in Frankreich

Die jüdische Gemeinschaft in Frankreich ist auch im Jahre 2019 die größte in Europa. Jüdisches Leben, jüdische Kultur haben einen festen Platz in einer vom Laizismus geprägten Gesellschaft. Das Judentum in Frankreich ist nicht einheitlich. Konservative Organisationen stehen neben reformorientierten jüdischen Gruppen, ein Netz unterschiedlicher jüdischer Schulen überspannt das Land, LGBTQ+-Gruppen und Studierendenorganisationen sowie unterschiedliche Vereine zeigen ein lebendiges Bild des Judentums im heutigen Frankreich.

Diesem vielfältigen jüdischen Leben steht ein Antisemitismus gegenüber, der seit kurzem wieder gewalttätige Züge annimmt. Mireille Knoll, jüdische Französin und Shoah-Überlebende, ist nach Sarah Halimi das zweite Mordopfer innerhalb von zwei Jahren. Hakenkreuze auf öffentlichen Darstellungen von Simone Veil[1] und Schändungen von jüdischen Friedhöfen im östlichen Frankreich sind weitere Beispiele dieses präsenten Antisemitismus. Im Rahmen der Bewegung der sogenannten Gelbwesten kommt es vereinzelt zu antisemitischen Äußerungen und Beschimpfungen. Die Beweggründe für diese antisemitischen Übergriffe sind nicht einheitlich zu verorten. Die Gefahr der politischen Instrumentalisierung ist hingegen groß.

Der rechtsradikale Antisemitismus existiert weiterhin, obgleich der Rassemblement National, ehemals Front National, sich vermeintlich hinter Frankreichs Jüdinnen und Juden und gegen die »islamischen Kräfte« stellt.

In radikal islamischen Kreisen werden antisemitische und antiisraelische Ideen verbreitet; in geringerem Maße auch in linksradikalen Gruppierungen.

Der wachsende Glaube an verschiedenartige Verschwörungstheorien nimmt besorgniserregend zu. Die Idee einer angeblichen »zionistischen Weltverschwörung«, die die Präsidentschaft Emmanuel Macrons – eines ehemaligen Rothschild-Bankmanagers – als Beleg betrachtet, hat starke Überzeugungskraft, nicht zuletzt durch die schnelle Verbreitung im digitalen Raum. Das wird deutlich durch 22 Prozent der Befragten, die in einer 2019 veröffentlichten Studie mit »trifft zu« ihre Überzeugung zum Ausdruck gebracht haben.

Das Problem Antisemitismus wird in der französischen Öffentlichkeit und Politik ernstgenommen. Die französische Regierung beschloss ein umfangreiches Paket von Maßnahmen zur Bekämpfung der Symptome und Ursachen des Antisemitismus.

Vereine, Einrichtungen und Initiativen ermöglichen auf unterschiedlichste Weise Begegnungen und schaffen so Raum für ein Miteinander.

Camilla Brockmeyer war nach ihrem Geschichtsstudium in Paris und in der Normandie tätig. Sie ist seit drei Jahren Landesbeauftragte von ASF in Frankreich.

1 Simone Veil war Shoah-Überlebende und französische Politikerin, unter anderem Präsidentin des Europäischen Parlaments.

Antisemitismus in Russland

Sowohl die russische Führung als auch jüdische Organisationen lassen regelmäßig verlautbaren, dass Antisemitismus in Russland derzeit kein relevantes Problem darstelle. Im Vergleich beispielsweise zu Frankreich mag diese Aussage berechtigt sein. Gewalttätige Übergriffe zumindest werden in Russland selten gemeldet. Vandalismus und antisemitische Beiträge auf diversen Internetforen und in sozialen Netzwerken nehmen hingegen zu. Dies konstatierten Teilnehmende der im Herbst 2018 zum zweiten Mal in Moskau durchgeführten internationalen Konferenz gegen Antisemitismus.

Eine Studie des Moskauer Levada-Zentrums – ein unabhängiges Zentrum für Meinungsforschung – kommt zu dem Schluss, dass latent vorhandener Antisemitismus durch entsprechende Signale staatlicher Instanzen begünstigt werden könne. Vor dem Hintergrund einer aggressiven Medienberichterstattung über die Ukraine ließe sich seit 2014 eine teilweise Aufweichung der Tabuisierung von Antisemitismus in offiziellen Kreisen beobachten. Selbst führende Politiker*innen wie der Vizesprecher der russischen Duma, Pjotr Tolstoi, bedienten sich antisemitischer Klischees und Zuschreibungen.

Am Vorabend des Pessach-Festes im April dieses Jahres verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf eine Jeschiwa (Talmud-Hochschule) im Moskauer Umland. Menschen kamen nicht zu Schaden, aber ein Lagerraum für koscheres Fleisch wurde komplett zerstört. Auf der anderen Seite des Gebäudes fand sich ein Hakenkreuz mit der Zahl 88 – sie steht für den Hitlergruß – und 130, was vermutlich auf den 130-jährigen Geburtstag Hitlers hinweisen sollte. Weitere Beispiele für antisemitische Straftaten finden sich zur Genüge.

Ute Weinmann ist freie Journalistin und arbeitet in Moskau als Länderbeauftragte von ASF.

»In Berlin hat es begonnen und in Berlin endet es«

Der Holocaust-Überlebende Arthur Langerman übergibt Forschungszentrum einzigartige Bilder-Sammlung zum Antisemitismus.

Barbara-Maria Vahl: Herr Professor Jensen, Sie haben kürzlich von einem Holocaust-Überlebenden, Arthur Langerman, eine einzigartige Sammlung mit Artefakten des visuellen Antisemitismus als Leihgabe für Ihr Institut übergeben bekommen. Worin liegt der besondere Wert dieser Sammlung?

Uffa Jensen: Es sind verschiedene Medien, die in dieser Sammlung enthalten sind, Postkarten, Poster, Plakate, aber auch einzelne Original-Karikaturen, die in Witzblättern oder Ähnlichem veröffentlicht wurden. Für die Forschung ist wichtig, dass es eine sehr große Sammlung von fast 10.000 Objekten ist, die aus vielen Ländern Europas kommen. So kann man sehr viele Vergleiche anstellen, etwa, wie Motive wandern, wo Schwerpunkte sind, welche Unterschiede in bestimmten Regionen es gibt.

Wenn man sich diese vielen tausend Bilder anschaut: Was ist es, was sie verbindet?

Das ist nicht so einfach – wir haben es mit vielen verschiedenen Materialien zu tun und die Bilder wurden ja auch sehr unterschiedlich eingesetzt. Aber es gibt in vielen dieser Bilder Versuche, den jüdischen Körper, Männer, Frauen, Kinder, die jüdischer Herkunft sind, in einer bestimmten Weise darzustellen – natürlich in einer oft spöttischen und herabsetzenden Weise. Es wird in vielen dieser Bilder versucht, eine Art typischen jüdischen Körper oder typisches jüdisches Gesicht herzustellen. Das zeichnet viele dieser unterschiedlichen Bildergattungen aus.

Könnte man sagen, es gibt einen psychologischen Impetus, der all dem zugrunde liegt?

Auch das ist nicht so einfach. Wir Historiker sind da vorsichtig, weil wir gerade über die Produzenten solcher Alltagsgegenstände – denn das waren Alltagsgegenstände – oft nicht so viel wissen. Darin liegt auch eine Möglichkeit dieser Sammlung: über die Karikaturisten oder Zeichner mehr herauszubekommen. Ebenso wenig wissen wir, was die Käufer oder die Nutzer dieser Bilder gedacht haben. Einen übergreifenden Mechanismus aber meine ich doch zu erkennen, er gilt vor allem für Zentraleuropa oder Westeuropa: In dem Moment, wo Juden stark in die Gesellschaft integriert sind und in gewisser Hinsicht unsichtbar werden, weil sie sich kleiden wie andere Bürger, weil sie am gesellschaftlichen Geschehen wie andere Bürger auch teilhaben und man einen Juden – verkürzt gesagt – nicht mehr ohne weiteres erkennt, in dem Moment versuchen die Bilder, den Juden immer noch zu zeigen. Diese Bilder sind insofern Propaganda, als sie zum Rezipienten sagen: Wenn Du nur genau genug hinschauen würdest, dann siehst Du den eigentlichen Juden hinter der Fassade, die genauso bürgerlich und genauso wie unsere ist. Das ist, glaube ich, die Ideologie hinter vielen dieser Bilder. Aber auch da muss ich vorsichtig sein. Eine andere Frage ist: Die Bilder waren ja als Witz gemeint – und man muss herausfinden, warum die Leute das überhaupt in jenem Kontext lustig gefunden haben.

Bestimmte Klischees und antisemitische Darstellungsweisen von Juden hatten ja lange vor dem Nationalsozialismus in Deutschland Tradition – wäre es möglich, diese Motive aus der Alltagswelt zu verbannen und ihnen den Boden zu entziehen?

Schwierig. Viele Motive verändern sich durchaus, haben aber aus einer Vogelperspektive Konstanz. Sie finden zum Beispiel immer wieder Juden und Schweine; in einigen dieser Bilder kommen auch Ritualmordvorwürfe aus dem Mittelalter wieder auf. Es gibt schon ein Arsenal, das immer wieder genutzt wird. Die Assoziation von Juden und Geld zirkuliert in diesen Bildern, häufig auf den Plakaten, oder die Bebilderung der »Jüdischen Weltverschwörung«; und dann finden Sie Bilder von Juden als Kraken, oder von Juden als alte Männer, die den Globus umgreifen, das ist ein ganz berühmtes Bild aus Frankreich, diese Motive sind zum Teil sehr alt. Aber diese Bilder schaffen auch neue Realitäten. Und dann kann man sehen, dass zum Beispiel die Bilder jüdischer Körper viel akzentuierter werden, als Darstellungen zu Zeiten der Reformation waren. Dass Juden so große Nasen haben und große Lippen und Ohren, das ist ein Moment, das in diesen Bildern im späten 19., Anfang des 20. Jahrhunderts viel prägnanter ist, und das korreliert natürlich mit Annahmen aus der Rassentheorie, die in der Zeit sehr en vogue sind. Ob man die Bilder wegkriegt…? Das Interessante an den Bildern ist – und auch das kann ich noch nicht wirklich erklären –, dass sie 1945 eigentlich verschwinden. Diese Bildtradition in Europa, diese Spottbilder, diese ganzen Postkarten, die gibt es nach

Diese Postkarten sind Bestandteil der etwa 10.000 Exponate umfassenden Sammlung von Arthur Langerman, die dieser dem Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin übergeben hat.

dem Zweiten Weltkrieg eigentlich fast nicht mehr. Es mag damit zu tun haben, dass viele dieser Bilder humoristisch gemeint waren und dass man nach 1945 über Juden nicht mehr öffentlich lachen mag. Oder dass man diese Bilder einfach wirklich zu ekelhaft fand. Nun ist es aber so, dass wir in der Gegenwart gerade sehen, so mein Eindruck, dass durch die sozialen Medien und das Internet viele Bilderwelten wieder neu entstehen, teilweise auch diese alten historischen Bilder wieder verbreitet werden, aber auch neue entwickelt werden, durch Mems oder Videos, oder karikaturartige Zusammenstellungen.

Wie wird Ihre Forschungsarbeit und ebenso Ihre Öffentlichkeitsarbeit aufgrund dieser Sammlung aussehen?

(lacht) Das ist sehr viel Arbeit … Wir haben Ideen zu mehreren Projekten, aber man muss das erstmal ganz strukturell betrachten. Für uns als Zentrum für Antisemitismusforschung bedeutet das, dass wir ein Archiv aufbauen müssen. Diese Sammlung muss man betreuen, digitalisieren, man muss sie bearbeiten, viele Fragen beantworten: Wer hat das gemalt, wo wurde das hergestellt, welcher Verlag hat das gedruckt, wie oft war das verbreitet, wer hat das benutzt, wer hat es verschickt, wohin, was steht auf diesen Karten drauf, all diese ganz banalen Fragen. Das muss systematisch geklärt werden und dafür braucht man eine Datenbank. Wir müssen also zunächst einmal die Grundlagen schaffen, bevor wir an die Forschungsprojekte herangehen können, zum Beispiel nationale Bildtraditionen miteinander vergleichen.

Was erhoffen Sie sich im idealen Fall für eine mögliche Wirkung von Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit aufgrund dieser Exponate?

Das ist ein sehr wichtiger Aspekt. Herr Langerman hat uns die Sammlung geschenkt, aber bestimmte Aufgaben daran geknüpft, die wir sehr ernst nehmen. Neben dem Schutz der Sammlung und der Forschungsarbeit ist ihm die Bildungsarbeit sehr wichtig. In jedem Fall möchten wir ein breites Publikum erreichen. Auch hier sind wir bereits in Planungen für Projekte mit Bildungsträgern. Weiterbildung von Lehrer*innen und Ausstellungen sind weitere Möglichkeiten. Da müssen zunächst Konzepte erarbeitet werden, um den Leuten etwas an die Hand zu geben, wie diese Dinge zu verstehen sind, wie sie sie zu lesen haben. Man kann solches Material ja nicht einfach unkommentiert in den Raum stellen. Wir haben zum Beispiel mit der *Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus* zu arbeiten begonnen; da geht es darum zu sehen, was können Lehrer*innen da eigentlich mit machen, welche Vorstellungen entwickeln sie, was man in den Unterricht einbringen kann. Dann wird man hoffentlich die Schülerinnen und Schüler da abholen, in den Bilderwelten, in denen sie selber stecken, also Mems, Videos, Facebook, WhatsApp-Bilder, die zirkulieren, da passiert ja wahnsinnig viel. Für uns als Forschungsinstitut ist auch reizvoll, dass wir dann auch mit dem kritischen Feedback weiterarbeiten können, dass es eine Rückkopplung gibt.

Erzählen Sie mir etwas über Arthur Langerman …

Artur Langerman ist 77 Jahre alt, er wurde während des Krieges in Belgien geboren und dank einer besonderen Regelung ist er als Kleinkind nicht deportiert worden und hat den Krieg in einem Waisenhaus überlebt. Seine Mutter hat Auschwitz überlebt, sein Vater nicht. Er war ein Kind, das für das Sammeln interessierte und hat irgendwann angefangen, sich über das Sammeln dieser Bilder quasi die Geschichte des Antisemitismus und der Verfolgung selber verständlich zu machen, auch die eigene Familiengeschichte zu verstehen. So beschreibt er das. Schon in den 1960er Jahren hat er angefangen, solche antisemitischen Postkarten und Bilder zu sammeln und tut dies bis heute.

Was war sein Motiv, Ihnen diese Sammlung anzuvertrauen, die nun wenige hundert Meter vom Reichstag entfernt untergebracht ist?

Er hat manchmal gesagt, dass es in Berlin begonnen hat und jetzt auch in Berlin endet. Dies ist das Land, das sich dafür interessiert und hier sind die Leute, die sich dafür starkmachen, die Sammlung zur Geltung zu bringen, daran zu forschen und sie im Sinne einer Bekämpfung von Antisemitismus einzusetzen. Das ist ihm sehr wichtig, und deshalb hat er sich letztlich dafür entschieden, dies in unsere Hände zu geben. Das ist für uns eine hohe moralische Verantwortung und ein politischer Auftrag.

Vielen Dank für das Gespräch!

Prof. Dr. Uffa Jensen, stellvertretender Direktor des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin, studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Philosophie in Kiel, Jerusalem, Berlin und New York und wurde 2016 an der FU Berlin mit einer Arbeit zur Globalgeschichte der Psychoanalyse habilitiert. Einer seiner Forschungsschwerpunkte ist die Emotionsgeschichte des modernen Antisemitismus. Er hat zahlreiche Bücher und Texte veröffentlicht.

Die Fragen stellte **Barbara-Maria Vahl,** Journalistin, Autorin und Redakteurin, freie Redakteurin für das *zeichen*.

»… und Petrus erinnerte sich und weinte …«

In Ostfriesland, wo ich aufgewachsen bin, finden sich auf fast allen Kirchtürmen entweder Wetterhähne oder – ja tatsächlich! – Wetterschwäne. Während letztere vor allem auf lutherischen Kirchen zu finden sind, kennzeichnen erstere die reformierten Gotteshäuser und so weiß dann jeder, wo er hingehört. In anderen Teilen Deutschlands funktioniert diese Unterscheidung allerdings nicht so gut, hier sind es dann vor allem die katholische Kirchen, die den Hahn als Zeichen tragen. Manch reformierter Reisender aus dem Norden mag sich so schon in einen katholischen Gottesdienst im Süden verirrt haben – welch ein Glück für die Ökumene.

Warum aber schmücken überhaupt Hähne die Spitze unserer Kirchtürme? Nun, natürlich wollen wir wissen, woher der Wind weht. Aber das ist nicht der einzige Grund. Der Hahn auf dem Kirchturm erinnert an die Geschichte von der Verleugnung des Petrus. »Bevor ein Hahn zweimal kräht, wirst du dreimal bestreiten, dass du mich kennst«, sagt Jesus zu Petrus (Markusevangelium Kapitel 14, Vers 33). Und so geschieht es. Jesus wird gefangengenommen und Petrus vermag sich nicht zu ihm zu bekennen, er hat Angst, ist furchtsam. Nach dem zweiten Hahnschrei erinnert sich Petrus, er erinnert sich und weint. An diese Geschichte, an das Verleugnen und an das Weinen, soll der Hahn auf dem Kirchturm erinnern.

Zu Beginn dieses Kirchenjahres, also zum 1. Advent 2018, sind in den evangelischen Kirchen die Perikopen, also die Bibeltexte, die in den Gottesdiensten gepredigt und gelesen werden, neu angeordnet. Auch aufgrund der unermüdlichen Hinweise von ASF im Verbund mit anderen Organisationen sind nun auch der 9. November und der 27. Januar in die Perikopen-Ordnung aufgenommen worden. Und der Predigttext für den 9. November 2019 ist eben die Erzählung von der Verleugnung des Petrus. Ein Passionstext im November – das mag auf den ersten Blick überraschen und ist auf den zweiten Blick doch treffend.

Am 9. November 1938 brannten in Deutschland die Synagogen, wurden jüdische Menschen in die Konzentrationslager geschleppt und ermordet – auch in vielen ostfriesischen Städten im Schatten der Kirchtürme. Wenn wir den 9. November in unseren Kirchen erinnern, dann denken wir an die unzähligen Opfer, Männer, Frauen und Kinder, die in den Jahren des Nationalsozialismus ermordet wurden. Wir erinnern aber auch an die Kirche, die durch ihr Schweigen mitschuldig wurde. Schuldig durch ihre Verleugnung des Gottesvolkes, schuldig durch ihr Tun und ihr Unterlassen. Denn nur wenige haben in unseren Kirchen widerstanden, viele haben danebengestanden oder sich aktiv beteiligt. Nur wenige haben sich zu unseren jüdischen Geschwistern bekannt – und vor diesem Hintergrund liest sich die Geschichte von der Verleugnung des Petrus noch einmal ganz anders.

»… und Petrus erinnerte sich und er weinte.« Mit seinen Tränen lässt Petrus seine Scham, seine Reue, sein Versagen an sich heran. Das können wir als Grundhaltung für unsere Gottesdienste zur Erinnerung an den 9. November von Petrus lernen: Wir erinnern uns und wir lassen das Erinnern so an uns ran, dass es uns bewegt und verändert. Und wir lassen uns durch das Erinnern in die Tat rufen: Wir erinnern uns, nicht um uns von der Gegenwart abzuwenden, sondern um uns ihr zuzuwenden. Es ist ein tätiges Erinnern. Das Danebenstehen, das Versagen der Kirche und vieler Christinnen und Christen, dies mahnt zur Wachsamkeit, wenn Jüdinnen und Juden beleidigt und angegriffen werden. Es mahnt zur Wachsamkeit gegenüber der eigenen Haltung und dem eigenen theologischen Denken. Petrus war sich so sicher, dass er niemals den Gottessohn verleugnen würde. Seine Sicherheit mag uns vor aller großen Selbstsicherheit warnen.

Dr. Dagmar Pruin wurde 2004 an der Humboldt-Universität zu Berlin mit einer Arbeit im Fach Altes Testament promoviert. 2007 konzipierte sie das deutsch-amerikanisch-jüdische Begegnungsprogramm *Germany Close Up* an der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, das sie seither leitet. Seit 2013 ist sie Geschäftsführerin von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und seit 2014 ordinierte Pfarrerin der EKBO. Seit 2014 gehört auch *Germany Close Up* zu ASF.

Eine Predigtmeditation zu Markus 14, 66ff. von Marie Hecke und Dagmar Pruin findet sich in der neuesten Predigthilfe von ASF zur Ökumenischen Friedensdekade und zum 9. November 2019 »Und dann gehört die Erde den Gebeugten, die sich an wahrem Frieden freuen. (Psalm 37, 11)«.
Sie kann im Internet auf der Seite von ASF bestellt werden: www.asf-ev.de (unter Webshop oben rechts). Oder per Anruf im ASF-Infobüro unter 030/283 95 184.

»Vergessenen Geschichten« auf der Spur

JAHRESTAGUNG UND MITGLIEDERVERSAMMLUNG VON AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE

»Vergessene Geschichte(n)« war das Motto der Jahrestagung von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Auf Podien und in Workshops ging es unter anderem um die Verfolgung von Sinti und Roma, um die NS-Verbrechen in Griechenland und die Verfolgung von als »asozial« diffamierten Menschen durch die Nationalsozialisten. Der Blick ging auch auf vergessene Orte in der Ukraine: So wurden Initiativen zur Erinnerung an Zwangsarbeit im Land, unter anderem in Lviv (Lemberg) beschrieben. Außerdem bot sich die Gelegenheit zu einem Zeitzeugengespräch mit dem Shoah-Überlebenden Sami Steigmann (siehe Kasten).

Sehr beeindruckend war die Aufführung der NSU-Monologe der Berliner Bühne für Menschenrechte: Aus Zeugenaussagen und Gesprächen mit den Hinterbliebenen von Opfern der rechtsextremen Anschläge zeigten die Schauspieler*innen im Stück auf, wie sehr die Angehörigen nicht nur unter der Ermordung ihrer Ehepartner und Kinder, sondern auch zusätzlich unter dem Umgang und den Verdächtigungen durch die Behörden litten.

Die Mitgliederversammlung, die sich an die Jahrestagung anschloss, legte ein neues Jahresthema für die Jahre 2020/21 fest: »On the Basis of Sex (and Gender)«. In den kommenden zwei Jahren will sich ASF damit verstärkt mit den Themen Geschlechtergerechtigkeit, Diskriminierung sexueller Minderheiten und der Verfolgung Homosexueller, sowohl im Nationalsozialismus als auch heute, beschäftigen.

Veränderungen gab es im Vorstand von ASF: Für die langjährige Beisitzerin, die Ulmer Prälatin Gabriele Wulz, rückte Gabriele Scherle nach, die frühere Pröpstin der Propstei Rhein-Main.

SAMI STEIGMANN: AUS DER VERGANGENHEIT MUT FÜR DIE ZUKUNFT SCHÖPFEN

Erst vor elf Jahren begann Sami Steigmann von seiner Zeit im Lager in Transnistrien zu erzählen. Damals, während des Zweiten Weltkrieges, war der heute 79-Jährige noch ein Kind. »Ich dachte, ich habe keine Geschichte, weil ich keine Erinnerung an diese Zeit habe und meine Eltern mir nichts erzählten.« Doch dann, 2008, hat er einer Schulklasse von seiner Familiengeschichte als Jude in der Region zwischen der Ukraine und Rumänien erzählt – und die Schüler*innen haben ihm viele Briefe geschrieben. »Da habe ich gesehen, dass ich mit meiner Geschichte doch etwas bewegen kann«, so Sami Steigmann. Er geht seitdem regelmäßig in Schulen und auf Veranstaltungen.

So kam er auch in Kontakt mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und zu einer Einladung nach Deutschland. Er war nicht nur bei der Jahrestagung in Berlin, sondern reiste auch nach Erfurt, Leipzig und Jena und sprach dort in Schulen sowie auf öffentlichen Veranstaltungen – teilweise mit mehr als 300 Zuhörer*innen. Organisiert wurde seine Reise vom Regionalreferat in Berlin und den ASF-Gruppen vor Ort. »Die Erfahrung, hier zu sprechen, war absolut wundervoll – in jeder Beziehung«, so Steigmann.

In seinen Vorträgen blickt er nicht nur in die Vergangenheit, sondern auch in die Gegenwart: Generell findet er, dass Jüdinnen und Juden stolz auf ihre Religion sein und zeigen sollten, dass sie dazu gehören. Auch über Verleumdungen der »Alt-Right«-Bewegung, einer rechtsextremen Verbindung in den USA, sprach er. Wie sie über falsche Fakten und Behauptungen Stimmung gegen Juden und Muslime machten und Menschen gegeneinander aufhetzen.

Junge Menschen sollten gegen solche Bewegungen aktiv sein, sich informieren und nicht die Hände in den Schoß legen, wünscht sich Sami Steigmann. Der Aufenthalt in Deutschland jedenfalls hat ihm gefallen: »Ich würde sehr gerne wieder hierher kommen und in weiteren Städten junge Leute treffen.«

Von Anfang an dabei

Elisabeth Cates und Verena von Hammerstein und ihr Engagement für ASF

Trafen sich an einem Vormittag in Berlin: Elisabeth Cates (rechts) und Verena von Hammerstein.

Als Bürgerin der DDR bis ans Nordkap zu kommen, das war Ende der 1950er Jahre schwer. Elisabeth Cates hat es trotzdem geschafft – dank ihres damaligen Engagements für Aktion Sühnezeichen Friedensdienste: »Eine Kölner Gruppe hatte mich nach Norwegen und Schweden eingeladen«, erzählt sie. Und mit viel Mut und Chuzpe schaffte sie es tatsächlich, den Eisernen Vorhang zu überwinden.

Es ist eine Anekdote, die an diesem Vormittag zu hören ist. Normalerweise wohnt Elisabeth Cates in den USA, aber jetzt ist sie zu Besuch bei Verena von Hammerstein. Es sind zwei Frauen, die viel für ASF geleistet haben, nicht nur als »Frau von« – von Franz von Hammerstein, dem ehemaligen Generalsekretär, und von Paul Cates, der als amerikanischer Staatsbürger Kurierdienste über die innerdeutsche Grenze leisten konnte.

Den Aufruf der Synode zur Gründung von ASF hörte Elisabeth Cates 1958 in Babelsberg im Gottesdienst. »Da habe ich schon überlegt, kann ich nicht etwas tun«, sagt sie. Aus den Überlegungen wurde die Tat. 1959 fing sie im Büro der *Aktionsgemeinschaft für die Hungernden* an, die Lothar Kreyssig ebenfalls gegründet hatte. »Ich war dort aber vor allem für Aktion Sühnezeichen zuständig.«

Die heute 79-Jährige bereitete die ersten Auslandseinsätze in den Niederlanden und in Norwegen mit vor. 1961 dann der Bau der Berliner Mauer, der auch für ASF Folgen hatte. Das gesellschaftliche Klima wurde nochmals rauer. Die Mitarbeitenden kamen stärker ins Visier der Staatssicherheit. »Wir hatten zwei Spitzel bei uns im Büro, bei denen ich von vorneherein kein gutes Gefühl hatte«, so Elisabeth Cates. Sie wurde auch auf ihrem Weg ins Büro überwacht und musste Hausdurchsuchungen erdulden.

Trotzdem bereitete Elisabeth Cates in der DDR mit die Sommerlager vor, wie das erste 1961 in Magdeburg, wo die Gruppe zwei Kirchen enttrümmerte. Auch die Anfänge der Freiwilligendienste in England und in Griechenland erlebte sie mit.

Es war eine schöne und schwierige Zeit damals, sagt Elisabeth Cates – die für sie 1969 endete. Bei ASF hatte sie Paul Cates, einen Amerikaner, der die innerdeutschen Kurierdienste übernahm, kennengelernt. Sie wollten heiraten, aber es dauerte fünf Jahre, bis sie aus der DDR ausreisen konnte.

Auch Verena von Hammerstein hat viele Stunden investiert – ehrenamtlich: »Ich saß den halben Tag an der Schreibmaschine zu Hause, ich schrieb Berichte, machte Übersetzungen. Das ersparte sicher eine Bürokraft«, erinnert sie sich. Später organisierte die heute 97-Jährige Reisen für Freiwillige: »Ich hatte ein halbes Reisebüro.« Auch initiierte sie die Medikamentenhilfe nach Polen. »Meine Kinderärztin erzählte mir einmal, dass die Ärzte Reklamemuster von Medikamenten bekommen. Wir haben diese dann gesammelt und nach Polen geschickt, das ging sehr gut.«

Waren sie zufrieden mit ihren Rollen bei ASF? Ja, sagen beide. »Ich bin mit meinem Chef Lothar Kreyssig gut ausgekommen«, so Elisabeth Cates. Es war ein sehr ausgeglichenes Verhältnis im Büro. Verena von Hammerstein sieht das ähnlich: Sie habe viel erlebt in ihrem Leben. »Und es war eben eine andere Zeit«, sagt sie. »Heute treten die Frauen ja auch ganz anders auf. Und das ist gut so.«

Thomas Arzner, Religionspädagoge, Journalist, Referent Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

BUCHTIPP

Verena von Hammerstein wuchs in der Schweiz auf, ist aber seit 70 Jahren Berlinerin. Schon immer hatte die 1922 Geborene jüdische Freundinnen – und blieb ihnen immer verpflichtet. Das Buch **»Verena von Hammerstein und ihre jüdischen Freundinnen«** beschreibt diese Beziehungen. Es ist ein Resultat langer und vieler Gespräche der Autorin **Dörthe Kähler** mit Verena von Hammerstein. Auf den Seiten werden die Schicksale der Frauen lebendig. So erzählt das Buch beispielsweise von Renée, der besten Freundin von Verena, die in Frankreich Widerstand gegen die Nationalsozialisten leistete.

Die Zeitspanne, die überbrückt wird, reicht von der Kindheit über die Zeit des Weltkrieges bis ins Heute. Die Texte sind dabei unterschiedlich: viele Dialoge, Aufzeichnungen von Gesprächen. Aber auch Erzählungen, beispielsweise wie Renée ihren Mann im KZ besuchen kann, wie die Gestapo bei ihr zu Hause ist. Und darüber, wie es den anderen Freundinnen über die Jahre erging.

»Anliegen war«, so die Autorin, »das Schicksal der jüdischen Freundinnen zu würdigen und ihnen so ein kleines Denkmal zu setzen«. Die Idee hinter der Erzählweise des ersten Teiles sei es gewesen, vor Augen zu führen, dass unterschiedliche Schicksale, die miteinander verbunden sind, zur selben Zeit ablaufen können, doch an gänzlich verschiedenen Orten, in grundverschiedenen Situationen und Herausforderungen – und was das für die einzelnen Personen und ihre Freundschaft bedeuten kann.

Abgerundet wird das Buch mit einem Geleitwort von Sara Nachama, die als Rektorin und Vizepräsidentin das jüdisch-amerikanische *Touro College and University System* in Berlin leitet. Sie schreibt: »Letztlich aber zählt in unserem Leben nur eines: die Tat. Was wir tun und nicht was wir wollen, ist gültig. In dieser Hinsicht wird es unerheblich, welcher Herkunft und Religion oder Überzeugung wir sind: wenn wir das Richtige tun.«

Dörthe Kähler, »Verena von Hammerstein und ihre jüdischen Freundinnen«. Mit einem Geleitwort von Sara Nachama, Verlag rainStein, Berlin 2019, 427 Seiten, 19,90 Euro.

Józef Lipman mit seiner Cousine Rózia

Eine Geschichte von Vernichtung und Überleben. Holocaust und Zwangsarbeit in Galizien

30. August 2019 bis 2. Februar 2020

Ab dem 30. August zeigt das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin die Ausstellung »Eine Geschichte von Vernichtung und Überleben. Holocaust und Zwangsarbeit in Galizien«. Das Projekt ist aus den ASF-Sommerlagern für die Generation Ü40 hervorgegangen. Kuratiert hat sie Klaus Hasbron-Blume.

Die Ausstellung folgt dem Schicksal des Holocaust-Überlebenden Prof. Dr. Józef Lipman und dem Wirken einiger deutscher Retter, insbesondere von Berthold und Else Beitz sowie von Donata und Eberhard Helmrich, deren Tochter Cornelia Schmalz-Jacobsen auch auf der Vernissage sprach. Die Schau zeigt Formen und Orte der Zwangsarbeit als Teil der Ermordung von Juden in Galizien – Orte, an denen es aber zugleich Menschen gab, die andere retteten.

Galizien gehörte vor dem Krieg zur Republik Polen. Hier gerieten spätestens nach 1941 über 500.000 Jüdinnen und Juden unter deutsche Herrschaft.

Auf über 30 Tafeln stellt die Ausstellung die deutsche Besatzungspolitik gegenüber der jüdischen Bevölkerung dar – vor allem um das so genannte galizische Erdölrevier rund um die Städte Drohobycz und Borysław. Sie zeigen unter anderem Pogrome, die Bildung von Ghettos, Deportationen.

Die Ausstellung würdigt zugleich Menschen, die den Mut aufbrachten, andere zu retten. Die Geschichte von Józef Lipman (geb. 1931) bildet den Ausgangspunkt für das Ausstellungsprojekt. Im Mai 2015 fand die erste Vernissage in Wrocław statt. Bisher war die Ausstellung an 20 Orten in Polen, der Ukraine, Israel und Deutschland zu sehen. Die feierliche Eröffnung im Dokumentationszentrum in Berlin, bei der neben Zeitzeugin Cornelia Schmalz-Jacobsen und Kurator Klaus Hasbron-Blume auch die Leiterin des Dokumentationszentraums zur NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide Dr. Christine Glauning und ASF-Geschäftsführerin Dr. Dagmar Pruin sprachen, fand am 29. August statt.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Norwegen feierte im Sommer 60-jähriges Jubiläum

Und blickt mit positiven Erwartungen nach vorn.

Ingeborg Wörheide und Ågot Sundelin Johansen (rechts).

Christina Koch: Wie hast Du seinerzeit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste kennengelernt?

Ingeborg Wörheide: Ich kenne ASF von einem Besuch in Coventry, 1965, was mich sehr inspiriert hat. Und dann habe ich eine Freundin in der Berufsschule gehabt, die ein halbes Jahr Freiwillige in Norwegen (Nærbø) war. Daraufhin habe ich mich dann auch beworben und war selbst von 1971 bis 1972 Freiwillige.
Ågot Sundelin Johansen: 1960 kamen 25 ASF-Freiwillige zusammen mit Hans-Richard Nevermann, seiner Frau Kari und Sohn Uwe in mein Heimatdorf, Kokelv. Ich war damals zwölf Jahre alt und habe mich mit der Gruppe angefreundet – dies war meine erste Begegnung mit Aktion Sühnezeichen.

Was bedeutet der Freundeskreis für Dich?

Ingeborg: Ich bin durch das Goethe-Institut in Norwegen, meinen Arbeitgeber nach dem Freiwilligendienst, in den Freundeskreis gekommen. Ich finde es wichtig, in dieser Gruppe mitzuarbeiten, um jungen Erwachsenen aus Deutschland und Norwegen die Möglichkeit eines Jahres im Ausland nahezubringen.
Ågot: Ich bin seit der Gründung des Freundeskreises vor 25 Jahren dabei und wurde von Hans-Richard Nevermann damals gefragt, ob ich der Koordinatorin in bürokratischen Angelegenheiten helfen könnte. Es war für mich sehr natürlich mitzumachen und mich zu engagieren, ich empfinde das als sehr bereichernd. Die ASF-Freiwilligen leisten eine wichtige Arbeit, um dem Frieden Wurzeln zu geben, indem sie andere Menschen kennenlernen und damit Vorurteilen vorbeugen und Stereotype abbauen.

Worauf freut ihr Euch bei dem 60-jährigen ASF-Jubiläum in Norwegen?

Ågot: Es wird schön, 60 Jahre ASF in Norwegen und unsere Arbeit zu feiern. Das Thema des Podiumsgespräches »Antiziganismus in Norwegen« ist ein sehr relevantes Feld und das Wort Antiziganismus relativ neu im norwegischen Vokabular. Ich freue mich darauf, in Zukunft an diesem neuen Thema weiterzuarbeiten.
Ingeborg: Ich sehe es genauso. Ich finde das Thema sehr interessant und es ist wichtig, in neue Richtungen zu gehen und Kontakte zu knüpfen. Wir haben Anstöße gegeben für neue Projekt- und Kooperationspartner*innen und ich bin gespannt, was sich daraus ergibt. Ich freue mich, bei dem Jubiläum dabeizusein, auch weil ich Leute wiedertreffen kann, die ehemalige Freiwillige oder Projektpartner waren. Im Laufe der Jahre ist es interessant zu sehen, wie der Fokus von ASF sich verändert und wie unterschiedlich die Leute sind, die zum Jubiläum kommen. Das ist auch eine Generationenfrage, da der Zweite Weltkrieg für die meisten Freiwilligen inzwischen drei Generationen zurückliegt.

Was wünschst Du ASF in Norwegen zum Geburtstag?

Ågot: Ich wünsche ASF in Norwegen weiterhin gute Projekt- und Kooperationspartner. Und ich wünsche ASF, dass es noch bekannter in Norwegen wird.
Ingeborg: Ja, und dass es uns weiterhin gelingt, junge Erwachsene dazu zu motivieren, ein Jahr ihres Lebens in ihnen unbekannten Projektbereichen mitzuarbeiten. Vielleicht gibt diese Arbeit einen Impuls für ihr weiteres Leben und wirkt inspirierend. Auch hoffe ich, dass wir vermehrt norwegische Freiwillige für einen Dienst gewinnen. Für Deutsche ist Norwegen oftmals ein Land voller Natur, die Tourismusbranche neigt dazu, es zu exotisieren. Ich glaube, das norwegische Deutschlandbild ist stark geprägt durch die Medien, die über den vermehrten Rechtsruck berichten. Es ist nicht einfach, norwegische junge Erwachsene zu motivieren, nach Deutschland zu gehen.

Warum ist ASF in Norwegen wichtig?

Ågot: Das junge Erwachsenenalter ist eine ideale Zeit, Menschen für demokratische Werte und Frieden zu sensibilisieren. Nur so kann eine Wiederholdung dessen, was im Zweiten Weltkrieg geschehen ist, verhindert werden. Die Arbeit von ASF ist vielleicht nur ein kleiner Stein des großen Ganzen, aber ein sehr wichtiger.
Ingeborg: Wir müssen Friedensarbeit im klassischen Sinne fortsetzen, wir müssen miteinander kommunizieren, uns begegnen und einander respektieren. Genau dafür sind ein Friedensdienst der Freiwilligen und unsere Arbeit vor Ort wichtig.

Hast Du eine schöne Erinnerung mit ASF, die Du teilen willst?

Ågot: Das sind die Freundschaften, die vor 60 Jahren begonnen haben und immer noch stark sind. Wenn man im ASF-Netzwerk einen Freund, eine Freundin gefunden hat, hat man ihn oder sie lebenslang – jedenfalls 60 Jahre.
Ingeborg: Ich habe gute Erinnerungen an meine Arbeit als ASF-Freiwillige. Ich erinnere mich sehr gerne daran und spreche gerne davon, wie wichtig wir Freiwilligen genommen wurden. Wir wurden »für voll genommen« und haben viel Verantwortung getragen. Das volle Vertrauen war da und das ist eine ganz wichtige Erinnerung, die ich an meine Arbeit als Freiwillige habe.

Herzlichen Dank – hjertelig takk!

Christina Koch,
Landesbeauftragte von ASF in Norwegen.

Das 60-jährige Jubiläum von ASF in Norwegen wurde am 29. August 2019 im Holocaustzentrum in Oslo gefeiert. Ingeborg Wörheide und Ågot Sundelin Johansen gehören dem Freundeskreis an, der aktiv die Arbeit von ASF in Norwegen und die Jubiläumsfeierlichkeiten unterstützt.

60 Jahre ASF in den Niederlanden

Rückblick und Perspektiven

»Es ist das Engagement von all den jungen ASF-Freiwilligen, die aktive Versöhnung, mit der sie sich einsetzen, um anderen Menschen in anderen Ländern auf ganz unterschiedliche Art und Weise zu helfen und sie zu unterstützen, das ich bewundere und das uns verbindet – wenngleich ich so alt bin wie ihre Großeltern! Damit machen sie die Welt im Kleinen etwas besser!« Mit diesen Worten schloss Rozette Kats ihr Grußwort an die etwa 90 Teilnehmer*innen des Jubiläums von ASF in den Niederlanden ab. Unter dem Thema »60 Jahre ASF in den Niederlanden – Rückblick und Perspektiven« fand vom 28. bis 29. Juni das Symposium im Goethe-Institut in Amsterdam statt. Viele Projektpartner*innen, Mentor*innen, Freund*innen und ehemalige Freiwillige waren hierfür nach Amsterdam gekommen.

Das Goethe-Institut hatte eingeladen, unser Jubiläum in seinen Räumen zu begehen. Mikko Fritze als Leiter des Instituts eröffnete das Symposium. Gefolgt von Grußworten von Ingrid Jung, Gesandte der deutschen Botschaft in Den Haag, und Viola Kennert, Mitglied im Vorstand von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Mit Rozette Kats kam eine Zeitzeugin zu Wort. Sie machte in ihrer Rede deutlich, warum es ihr so wichtig ist, ihre Geschichte als jüdische Überlebende vor allem mit jungen Menschen und mit den ASF-Freiwilligen zu teilen.

Ein musikalischer Beitrag setzte einen Akzent, bevor es in einem Podiumsgespräch unter Leitung von Bertien Minco um Fragen bezüglich Antisemitismus, Rechts-Populismus und Polarisierung in den Gesellschaften und die Bedeutung des demokratischen Rechtsstaats ging. Die lebhafte Reaktion des Publikums zeigte, wie sehr diese Fragen viele Anwesende beschäftigen und vor welchen Herausforderungen zum Beispiel die pädagogische Arbeit in Gedenkstätten und bei ASF steht. Beim anschließenden Abendessen mit gemütlichem Ausklang im Garten des Goethe-Instituts gab es ausreichend Gelegenheit, um begonnene Gespräche fortzusetzen oder neue zu beginnen.

Der Samstag begann mit einem Grußwort von Sun Jenzen, Vorsitzende des niederländischen Freundeskreises von ASF. Als ehemalige Freiwillige spannte sie den Bogen von ihren persönlichen Erfahrungen als Freiwillige zu ihrem bereits langjährigen ehrenamtlichen Engagement für den Freundeskreis. Aki Herlyn, Mitarbeiterin von *De Regenboog*, ließ uns teilhaben an ihrer langen Erfahrung in der Arbeit mit drogenabhängigen und obdachlosen Menschen. Sie zeigte, vor welch große Herausforderungen Freiwillige in diesem Bereich gestellt werden. Tilmann Bünz nahm uns mit in die Zeit als Freiwilliger in den 1980er Jahren. Lisa Rethmeier, aktuelle Freiwillige in der Gedenkstätte Westerbork, beschrieb tief bewegende Begegnungen, die sie im Laufe ihres Freiwilligendienstes erlebt hatte. Einige andere aktuelle Freiwillige gingen mit einem Film der Frage nach, wie Menschen von außen den Freiwilligendienst verstehen.

Besonderen Anklang fand das Angebot, sich in der »Living Library« in Gesprächsgruppen zu persönlichen Erfahrungen oder Begegnungen im Zusammenhang mit der Zeit des Nationalsozialismus auszutauschen. Verschiedene Stadtspaziergänge und eine Andacht rundeten das Programm am Nachmittag ab, bevor am Abend gemeinsam gefeiert wurde.

Barbara Schöpping,
Landesbeauftragte von ASF in den Niederlanden.

Mit Bußgeldern Gutes bewirken

EHRENAMT: SCHÖFFIN ODER SCHÖFFE

Das Amt der Schöffin oder des Schöffen ist ein verantwortungsvolles, gesellschaftlich wichtiges Ehrenamt. »Im Namen des Volkes« – dieser Satz wird auch durch das Engagement der ehrenamtlichen Richter*innen geprägt. Sie sind quasi das Bindeglied zwischen Justiz und Bevölkerung. Mit gleichen Rechten und Pflichten ausgestattet wie Berufsrichter*innen, sind Schöff*innen an der Urteilsfindung beteiligt und entscheiden mit über das Strafmaß.

Nicht immer kommt es zu einer Verurteilung – in Deutschland werden jährlich rund 120.000 Gerichts- und ca. 180.000 Ermittlungsverfahren gegen Zahlung einer Geldauflage eingestellt. Auf diese Weise erhielten gemeinnützige Organisationen 2017 mehr als 90 Millionen Euro solcher Geldzuweisungen (umgangssprachlich »Bußgelder« genannt) von Richter*innen und Staatsanwält*innen zugesprochen. Geld, mit dem viel Gutes unterstützt wird, wie auch die wichtige Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Wird ein Verfahren gegen die Zahlung einer Geldauflage eingestellt, entscheidet der/die Richter*in oder Staatsanwält*in, zu wessen Gunsten das Geld gezahlt werden soll (§ 153a der Strafprozessordnung). Entweder geht es an die Staatskasse oder gemeinnützige und/oder kirchliche Organisationen werden bedacht. Manchmal steht die Entscheidung für einen bestimmten Verein in einem Zusammenhang zwischen Delikt beziehungsweise Straftat und der (Präventions-)Arbeit der Einrichtung, manchmal wird auf Vorschlagslisten der Bundesländer zurückgegriffen, in denen interessierte Geldauflagenempfänger*innen aufgeführt sind. Und es gibt auch Auflagenentscheide, die sich nicht direkt erschließen.

GELDAUFLAGEN FÜR AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE – VORSCHLAGSRECHT VON SCHÖFFINNEN UND SCHÖFFEN

Die endgültige Entscheidung trifft die/der Vorsitzende. Doch können alle Beteiligten – Schöff*innen, Verteidiger*innen, auch die Beschuldigten selbst – vorschlagen, welcher gemeinnützigen Organisation eine Geldauflage zugewiesen werden soll.

Sind Sie als ehrenamtliche*r Richter*in tätig oder kennen Sie jemanden in diesem Arbeitsfeld – oder arbeiten Sie selbst in der Justiz? Schlagen Sie Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V. als Empfängerin von Geldauflagen vor!

Hierin liegt eine große Chance für die langfristige Arbeit von ASF. Helfen Sie mit, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste bei Vertreter*innen der Justiz (noch) bekannter zu machen. Herzlichen Dank!

GELDAUFLAGEN SIND KEINE SPENDEN

Geldauflagen sind keine Spenden. Das Geld wird auf ein Sonderkonto eingezahlt, um sicherzustellen, dass über die Summe keine Zuwendungsbestätigung (Spendenquittung) ausgestellt wird. ASF erhält seit Jahren Zahlungen aus Geldauflagen in unterschiedlicher Höhe; die Behörden werden über eingehende oder ausstehende Beträge regelmäßig informiert und auch bei Abschluss des Verfahrens.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V. hält Materialien wie Etiketten mit Angaben des Sonderkontos und vorbereitete Einzahlungsscheine bereit – nur das Aktenzeichen muss noch ergänzt werden – wir schicken sie Ihnen gern zu.

Sanne Kaperlat, Diplompädagogin und Fundraising-Managerin, arbeitet seit 17 Jahren als Fundraiserin für NGOs im Menschenrechtsbereich: feministische Politik, Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Entwicklungszusammenarbeit. Sie leitet seit Juni 2019 bei ASF das Referat Fundraising.

TERMINE

20.–31. OKTOBER 2019
Studienreise »Heilige Schriften im Heiligen Land«
In der Reihe »Dialoge in Jerusalem« geht die nächste Studienreise von ASF nach Israel: Vom 20. bis 31. Oktober 2019 befasst sich die Reisegruppe mit den Heiligen Schriften der drei Weltreligionen. Weitere Infos für Last-Minute-Bucher*innen unter www.asf-ev.de/arbeitsfelder/studienreisen/dialoge-in-jerusalem/

25. OKTOBER 2019
ASF auf Erkundung
Unter dem Thema »Postkolonial durch die alte Berliner Mitte« gehen die Teilnehmer*innen der Tour der Geschichte der Schwarzen Community auf den Grund. Beginn um 15.00 Uhr. Anmeldung erforderlich unter kunkel@asf-ev.de

9. NOVEMBER 2019
Gedenkgottesdienst am Tag der Reichspogromnacht
Die AG Theologie veranstaltet wieder einen Gedenkgottesdienst in der Französischen Friedrichstadtkirche am Gendarmenmarkt. Beginn ist um 18.00 Uhr. Danach ist wieder Zeit, um bei Wein und Brezel ins Gespräch zu kommen.

22. NOVEMBER 2019
ASF auf Erkundung
ASF auf Erkundung in der Synagoge Herbartstraße in Berlin mit anschließendem Gottesdienst und Imbiss, Beginn um 18.00 Uhr. Anmeldung bitte unter kunkel@asf-ev.de

28. NOVEMBER–1. DEZEMBER 2019
Studienreise »Jüdisches Leben in Frankreich«
Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Frankreich lädt vom 28. November bis 1. Dezember 2019 zu einer Studienreise nach Paris. In der französischen Hauptstadt begibt sich die Gruppe auf die Spuren jüdischen Lebens und betrachtet die Spannungsfelder im laizistisch geprägten Frankreich. Anmeldung und Informationen: brockmeyer@asf-ev.de, Weitere Infos unter www.asf-ev.de/arbeitsfelder/studienreisen/studienreisen-nach-frankreich/

ASF auf dem Kirchentag in Dortmund – Kojengespräch, Politisches Nachtgebet und Poetry-Slam

Es waren viele Begegnungen, die es beim Stand von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste auf dem 37. Deutschen Kirchentag in Dortmund gab. Mit Menschen, die sich über die Arbeit von ASF informierten, darunter auch junge Leute, die sich für den Freiwilligendienst interessierten.

Aber es kamen auch ein paar Promis aus Politik und Kirche in die »Koje« am Stand: einem Kreis aus Papphockern. Franziska Giffey war beispielsweise darunter, die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau und der Grünen-Europaabgeordnete Sven Giegold.

Sie unterhielten sich mit den ASF-Geschäftsführerinnen Dagmar Pruin und Jutta Weduwen und einigen ehemaligen ASF-Freiwilligen über Themen aus allen Bereichen, in denen sich ASF engagiert. Sven Giegold beispielsweise besprach mit den jungen Leuten die Flüchtlingsthematik und war empört, dass immer noch 42 Flüchtlinge auf einem Schiff im Mittelmeer aushalten mussten und sie niemand aufnehmen wollte.

Das politische Nachtgebet von ASF beim Kirchentag fand am Kirchentagsdonnerstag in der Dortmunder Melanchthonkirche statt. »In der Hoffnung überspringt die Seele die Wirklichkeit« war es überschrieben und wurde vorbereitet und gestaltet von ehemaligen Freiwilligen sowie den beiden Geschäftsführerinnen von ASF. Im Zentrum standen das Thema Antisemitismus und die Beschäftigung mit dem biblischen Text Psalm 23. Es reihte sich damit ein in eine gute Anzahl von Gottesdiensten und Veranstaltungen, die in Dortmund zum Thema Frieden ausgerichtet wurden, wie auch die »Menschenkette für den Frieden«, die 2.500 Menschen in der Innenstadt versammelte und zu der auch ASF aufgerufen hatte.

Gereimtes stand dann beim Poetry-Slam im Vordergrund, den ASF mit anderen Freiwilligenorganisationen zusammen im Zentrum Jugend organisiert hatte. Am Abend der Begegnung schlüpfte ASF am Stand der Dortmunder St. Georgs-Gemeinde unter und informierte die Standbesucher*innen. (tha)

Ich möchte Gutes tun!

Und unterstütze die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

DZI Spenden-Siegel Geprüft seit 2001

Ich werde Mitglied!

☐ Ich möchte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) meine Stimme geben und Mitglied werden. (Mitgliedsbeitrag: 70 Euro, ermäßigt: 35 Euro).

Bitte senden Sie mir einen Mitgliedsantrag zu:

Name: .....

Adresse: .....

Den Mitgliedsantrag gibt es auch auf www.asf-ev.de/mitglieder

Ich spende!

☐ Bitte ziehen Sie ab dem ..... (Datum) von meinem Konto ..... Euro

☐ einmalig ☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich ein.

Dazu ermächtige ich ASF, die oben genannte Spende von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen.
Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ASF auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen.

Name: .....

Vorname: .....

IBAN: ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐

E-Mail: (auch für Einladungen und weitere Informationen) .....

ASF Gläubiger-Identifikationsnummer DE33ZZZZ00000347023 | Die Mandatsreferenznummer teilen wir mit dem Dankesschreiben mit.

Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

.....
Ort, Datum und Unterschrift der/des Kontoinhaber*in

Bitte senden an: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin. Oder faxen an: 030 28 395 135

Hinweis zum Datenschutz: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. verwendet personenbezogene Informationen nur zur Erfüllung ihrer Aufgaben innerhalb der Organisation. Wir geben Personendaten nur an Dritte weiter, sofern dies für ihre Aufgaben erforderlich, gesetzlich vorgeschrieben oder erlaubt ist oder eine Einwilligung vorliegt. Rechtsgrundlage für diese Datenverarbeitungen ist die Abwicklung der Spende gem. Art. 6 Abs. 1 lit b) DSGVO sowie unser berechtigtes Interesse gem. Art. 6 Abs. 1 lit f) DSGVO unsere Spender*innen über die Verwendung der Spende und unsere Arbeit zu informieren. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter: www.asf-ev.de/de/datenschutz/

Danke für Ihre Unterstützung und Solidarität!

Wie bekomme ich das *zeichen*?

Mitglieder, Projektpartner*innen, Multiplikator*innen, für ASF kollektierende Gemeinden, ehemalige Mitarbeiter*innen und Ehrenamtliche erhalten das *zeichen* als Dankeschön, zum Weitergeben, zur Information, um neue Leser*innen zu werben. Ehemalige Freiwillige erhalten das *zeichen* in den ersten fünf Jahren nach dem Friedensdienst. Und ansonsten liegt das *zeichen* ab einer Spende von zehn Euro jährlich an Aktion Sühnezeichen Friedensdienste immer aktuell bei Ihnen und Euch im Briefkasten.

Predigthilfen von Aktion Sühnezeichen – mit Texten und Themen, die uns alle angehen.

Dreimal jährlich erscheinen die Predigthilfen von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste: zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 27. Januar, zum Israelsonntag und zur Ökumenischen Friedensdekade im November. Darin finden sich Liturgie-Vorschläge und Predigtentwürfe, Materialhinweise und Rezensionen, aber auch politische und theologische Artikel zu den Themen, die uns bei ASF bewegen und mit denen wir uns an die Öffentlichkeit wenden.

DZI Spenden-Siegel

Das Spendensiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) bescheinigt den verantwortungsbewussten Umgang mit den anvertrauten Mitteln. Als Zeichen für Vertrauen trägt Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V. seit 2001 das DZI Spenden-Siegel.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland, in andere EU-/EWR-Staaten und in die Schweiz in Euro.

Begünstigte: Name, Vorname/Firma

ASF e.V.

IBAN

DE68 1002 0500 0003 1137 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

BFSWDE33BER

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Danke für Ihre Spende!

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name der/des Spender*in:

Zi19B02

ggf. Stichwort

PLZ und Straße der/des Spender*in:

Angaben zur Kontoinhaber*in/Zahler*in: Name, Vorname/Firma, Ort (keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE

Beleg/Quittung für die Auftraggeber*in

IBAN Kontoinhaber*in

Empfänger*in

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
Auguststraße 80/10117 Berlin

IBAN DE68 1002 0500 0003 1137 00
Bank für Sozialwirtschaft Berlin

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ist wegen Förderung mildtätiger und gemeinnütziger Zwecke nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamtes für Körperschaften I von Berlin, StNr. 27/659/51675 vom 23.10.2017 für die Jahre 2014 bis 2016 gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer befreit.
Es wird bestätigt, dass die Zuwendung nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet wird.

Spendenbetrag: Euro, Cent

Ihre Spendenbescheinigung

Schicken wir Ihnen jeweils zu Beginn des Folgejahres automatisch zu. Für Beträge bis zu 200 Euro genügt dieser quittierte Beleg zusammen mit Ihrem Kontoauszug als Zuwendungsbestätigung.

Name Auftraggeber*in/Quittungsstempel

EIN JAHR ENGAGIERT IM AUSLAND

Du möchtest anderen Menschen helfen und dabei viel für Dich dazu lernen? Möchtest im Ausland arbeiten und Dich für Verständigung und Frieden einsetzen? Und dabei auch noch eine Menge Spaß haben?

Dann mach' einen Freiwilligendienst bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Mit uns kannst Du Dich in einem von 13 Ländern, beispielsweise in den USA, in Frankreich, Russland oder Israel, ein Jahr lang sinnvoll engagieren. Dabei wirst Du kompetent vorbereitet und vor Ort professionell begleitet.

Bewirb Dich jetzt für einen Freiwilligendienst 2020/21!
www.asf-ev.de/freiwilligendienste

Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE68 1002 0500 0003 1137 00 | BIC: BFSWDE33BER

Alle Informationen zu unseren Kampagnen, Aktionen und Mitteilungen findest Du in unserer neuen Infothek unter: **www.asf-ev.de/infothek** und in den sozialen Netzwerken.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

www.asf-ev.de | asf.de | asf_ev | asf_ev